

Die „Vollmacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graubauerstr. 12/6,
und durch Kolportageur zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Bogen 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte, M. 3.84.

Vollmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessenten
sind für die einjährige
Kolonial- oder deren Namen
25 Pfennige,
für dreimonatliche Probe- und
Bestellungs-Kolonial-
15 Pfennige,
Kolonial-
25 Pfennige.
Interesse für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 28.

Mittwoch, den 3. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Der Appell der Bergarbeiter.

Seit dem gestrigen Montag haben sich in Berlin die Delegierten der Bergarbeiter Deutschlands versammelt, um einen gemeinsamen Appell an die öffentliche Meinung und an die Gesetzgebung zu richten. Sie werden fordern, daß endlich den Grubenarbeitern ein besserer Schutz gegen die wachsenden Gefahren des Bergwerksbetriebes gesichert wird. Vielleicht werden Freunde der Arbeiterzersplitterung den Ausdruck „gemeinsamer Appell“ mit dem Stachel auf die Tatsache bemängeln, daß eine der in Deutschland bestehenden Bergarbeiterorganisationen nicht an dem Bergarbeiterkongress beteiligt ist. Das ist leider richtig, aber ebenso richtig ist, daß die Beteiligung der Bergarbeiterkongress eine persönliche Angelegenheit des Vorstandes des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter ist. Nicht einmal die Führer dieses Gewerksvereins sind sich in ihrer ablehnenden Stellungnahme einig; es hat sich überdies herausgestellt, daß in einer Reihe öffentlicher Bergarbeiterversammlungen auch viele Gewerksvereinsmitglieder dem Kongressgedanken zustimmten.

Die Erklärung des Gewerksvereinsvorstandes, er habe zur Sache eine Petition an den Reichstag gesandt, darum sei der Kongress überflüssig, kann nicht ernst genommen werden. Zur weiteren Begründung der Nichtbeteiligung werden dann Ausartungen der Fesseln zwischen den Konfessionsorganisationen herangezogen, was umso weniger stichhaltig ist, da die anderen Organisationen sich wirklich keiner kameradschaftlichen Behandlung seitens der christlichen Gewerksvereinsagitatoren zu erfreuen hatten. Scharfe Ausdrücke sind beiderseits gefallen, aber nur die feistreibenden Gewerksvereinsleiter stellten ihre werten Persönlichkeiten über die gemeinsame Sache der Bergarbeiter.

Dennoch wird der Kongress, wie heute schon ruhig behauptet werden kann, nicht einen Beschluß fassen, der nicht von der gesamten Bergarbeiterschaft anerkannt wird. Es beteiligen sich an dem Kongress der Bergarbeiterverband, die polnische Berufsvereinigung und der „S. i. r. s.“-Dunkler'sche Gewerksverein der Bergarbeiter. Diese drei Verbände umfassen zur Zeit über 150.000 Mitglieder; es sind daher etwa drei Fünftel der organisierten Bergarbeiter Deutschlands auf dem Kongress direkt vertreten. Seinen Beschlüssen werden auch alle übrigen Grubenarbeiter zustimmen, trotz des Selbstausschlusses der Gewerksvereinsführer.

Die furchtbare Grubenkatastrophe in Radbod gab den unmittelbaren Anstoß zu dem Kongress. Die Ankündigung der Regierung, es solle abermals das Berggesetz reformiert werden, zwingt die Bergarbeiter jetzt erst recht, mit ihren Beschwerden und Forderungen vor die breite Öffentlichkeit zu treten.

Sobald werden die vorläufigen Unglücksziffern aus der deutschen Bergwerksindustrie 1908 bekannt. Wahrscheinlich

entsprechend ist die Sprache dieser Zahlen! Es haben sich nach amtlicher Zählung ereignet:

	Verunfallt	Darunter
	überhaupt	tödliche
1900	58.471	1145
1902	67.785	1080
1904	80.204	1178
1906	87.891	1211
1907	92.455	1743
1908	103.582	1869

Die Vermutung von Menschenleben im Bergbau wurde immer gräßlicher. Seitdem die Knappschäftsberufsgenossenschaft besteht (1885), sind in Deutschlands Bergwerksindustrie

25.651 Arbeiter sofort getötet

worden. Die Zahl der überhaupt vorgekommenen leichten, schweren und tödlichen Unfälle beläuft sich auf insgesamt 1.220.551!!!

Das sind grauenenerregende Ziffern, sie sind um so fürchterlicher, weil, wenn keine gründliche Gesetz- und Betriebsreform eintritt, ein weiteres Anschwellen der Unfallsziffern mit Gewißheit zu erwarten ist. Auf 1000 Bergarbeiter sind nämlich entfallen:

	Unfälle überhaupt	Schwere und tödliche
1887	71,2	8,30
1890	72,5	8,50
1900	103,4	12,20
1907	126,2	15,73

Die Behauptungen der Regierungen und der Unternehmer, es sei das Menschenmögliche zum Schutz der Bergarbeiter getan, werden widerlegt durch die Tatsache, daß in Großbritannien, Belgien und Frankreich regelmäßig 30-50 Prozent weniger Bergarbeiter tödlich verunglückt als in Preußen und Deutschland. In jenen drei Staaten funktionierten seit vielen Jahren auch Arbeiterkontrollen, die einen Wert noch so sehr herabsetzen, daß dort, wo sie eingeführt wurden, die tödlichen Unfälle bedeutend seltener sind als in Preußen-Deutschland, dem angeblichen Lande der Sozialreform, kann auch mit der dreifachen Wahrscheinlichkeit nicht aus der Welt gestrichen werden.

Auch durch die augenblickliche Wirtschaftskrise im Bergbau gewinnt der Bergarbeiterkongress ein erhöhtes Interesse. Ohne Rücksicht auf die Folgen ist von den Bergwerksunternehmern die Zahl der Arbeiter ungemein vermehrt worden. Im vorigen Jahre, 1908, wurden insgesamt etwa 750.000 Arbeiter in den Gruben und ihren Oberlagsanlagen beschäftigt. Zehntausende sind mehr angelegt worden, meistens herangezogen aus den oberflächlichen Ackerbaubezirken und dem Auslande, verlockt durch trügerische Vorspiegelungen unverantwortlicher Agenten. Zur Zeit als die internationale Wirtschaftskrise schon offenkundig war, auch da noch wurde der vieltausendköpfige Zustrom in die Bergbaubetriebe gelenkt.

Nun aber sind die Lager überfüllt trotz Produktions-

beschränkungen und Feterschichten sammeln sich riesige Brennstoffhaufen in den Schmelzlagern und auf den Bechenplätzen an. Und wo vor wenigen Monaten noch Scharenweise Zuhilfenahmende angelegt wurden, da haben nun Arbeiterentlassungen begonnen. Die verbleibenden Arbeiter werden mit starken Lohnabzügen bedacht. Ein Bechenblatt schrieb schon für Dezember, infolge der Lohn- und Gehaltsabzüge nehme die Leistung der Arbeiter zu! Mit anderen Worten: Die Feuerungsverhältnisse zwingen den Arbeiter, noch mehr wie vordem zu schuften, um bei den reduzierten Gehältern auf die früheren, unbedingten nötigen Verdienste zu kommen. Daraus resultiert wieder eine Erhöhung der Betriebsunfälle!

Diese Zustände sind berart unhaltbar geworden, daß selbst die „Industrie“, ein Organ für die Kohlen-, Kali- und Erzbergbauindustrie schreibt, die Ankündigungen der Lohnabzüge und Arbeiterentlassungen bedauern:

„Daher also die Arbeiter den Schaden tragen sollen, der durch das unwirtschaftliche lange Bestehen der Preise den Zehenden entstanden ist, während sich die Aktionäre keine Beschränkung der Dividende gefallen lassen möchten.“

Hiermit ist auf die zunächst den Bergarbeitern zugefügten Schäden hingewiesen. Aber es entstehen schließlich daraus die größten Schädigungen des gesamten Kohlenverbrauchenden Publikums. Wie die Erfahrung lehrt, bereiten sich in Zeiten, wie die jetzige große Bergarbeiterbewegung vor, Lohnbruch, Feterschichten, Arbeiterentlassungen, rücksichtsloses Ignorieren der Arbeiterbedürfnisse haben auch vor den Streikjahren 1889 und 1905 eine große Erbitterung in der Arbeiterschaft angeammelt. Den Ausbruch der Erbitterung erlebten wir 1889 und 1905 in den gewaltigen Arbeitslosenstellungen. Indessen können die Grubenbesitzer dem Ausbruch der Empörung behaglich entgegensehen! In einer vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes herausgegebenen Schrift: „Bergarbeiterleben in Deutschland“, wird der üblige Nachweis geführt, daß die Grubenbesitzer kraft ihres Ausbeutungsmonopols ihre einmaligen Streikunkosten in Form von ganz enorm erhöhten Kohlen-, Koks- und Bleckpreisen mehr als reichlich auf die Kohlenkonsumenten abwälzen! Die Grubenbesitzer machen durch die Bergarbeiterstreiks ein gutes Geschäft! Aus diesem Grunde verhalten sich die Unternehmer so haßstarrig gegen zeitgemäße Berggesetzreformen, aus diesem Grunde können sie ohne Furcht, selbst geschädigt zu werden, die Arbeiter drangsalierten und aufsetzen durch Gehalts- und Lohnabzüge, Maßregelungen energischer Arbeitervertreter oder Zirkulation von schwarzen Listen. Das ganze Volk ist in ein Erbitterungsverhältnis zu den Grubenausbeutern geraten! Eine Handvoll märchenhaft reicher Syndikatsmonarchen herrscht heute absoluter als je irgend ein König vor Gottes Gnaden!

Gelingt es den Bergarbeitern nicht, einen dem mörderischen Betriebsystem angepaßten Lebensstil, eine Siche-

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Carl von Holtei.

105

Ich näherte mich dem Herrn Kontrolleur, opferte zwei Akte der „Sibonia“ sonder Beschwerde, in der Absicht, mir sein Vertrauen und dadurch vielleicht einen Wink in die Familie zu gewinnen, aus deren Schloß er Madame gerufen! Doch der alte Fuchs zeigte sich schlauer denn ich. Er gab über alles mögliche erbetene Auskunft, nur über die Art und Weise nicht, wie er zu Frau Gemahlin, wie sie zu ihm gekommen. Da er mich außerdem mit reichlich mystischen Schwärmereien bombardierte und mir von einem Geheimrat D. *) (bekannt aus der Berliner Wälderischen Religions-Erdmackerer) vorfahle, der mit dem Heilande persönliche Zusammenkünfte auf den Morgenauer Dämmen halte... so zog ich mich unverrichteter Sache von ihm zurück und entzage dem Wunsche, seine Gattin — er nannte sie „Eufus“ — kennen zu lernen.

Doch sollte ich die Stadt nicht verlassen, ohne ihre Bekanntheit wenigstens aus der Entfernung zu machen, und zwar in überraschender Art.

Am Abend vor meiner Abreise hatte ich beim Ausgange von der Bühne auf Stabinsky, dem ich noch Lebenswohl und Dank sagen wollte. Es war schon Nacht, doch erhellen mattbrennende Laternen die mit Bäumen bepflanzte Gasse. Da hörte ich schwere Schläge, die wuchtig auf einen breiten Buckel fielen, noch sicherem Taktmache — es waren musikalische Schläge — dazu kamen erlangene Erläuterungen wie folgende: „Meinen Eufus? ... Unterhändler! ... Verkünder! ... ruiniert mir meine Chantuse! ... Nichtswürdiger Chorist! ...“ Amices Stimme war unerkennbar. Rhythmisches in richtigen Intervallen folgten sich Vorwürfe und Prügel. Beide, der Jünger wie der Gezüchtigte, hielten gleichen gemessenen Schritt. Jener als „Arzt seiner Ehre“ behauptete die Würde eines Langweilers. Dieser hat seinen, wie schon erwähnt, breiten Rücken mit stolzer Fassung den wohlverdienten Schlägen dar, die er kaum zu empfinden schien. Wie sie sich mit genugsam genähert, erkannte ich im Gesichtslagen einen biden Chorführer, dessen dumm lächelndes Vollmondgesicht mir von der Bühne herab

*) Wahrscheinlich Oswald, der Vater eines vor trefflichen Mannes, welcher letzterer als Appellationsgerichts-Präsident in Glogau starb, und welchem das deutsche Lustspiel einige vorzügliche Kleinigkeiten, zum Beispiel die meisterhafte Umarbeitung (nicht Uebersetzung) von Molières „Impromptu de Versailles“, verdankt. Ich habe sein Grab im Herbst 1861 auf dem schönen Meißner Friedhofe besucht.

auffällig gewesen war, und der auch jetzt in seiner mitleidigen Lage recht behaglich drein sah. Erst als durch meine Frage: was es doch gäbe, ein Stillstand eintrat, bemühte er denselben seinerseits, rascher Schritte zu machen. Amice hielt sich nicht lange mit mir auf. Er entdeckte mich nur vorübergehend, daß er den Verbrecher im Finstern bei seiner „Chantuse“, seinem „Eufus“ überrascht habe, und folgte ihm dann, ebenfalls rascheren Schrittes, um das ersprießliche, durch meine Dazwischenkunft unterbrochene Gespräch wieder aufzunehmen. Ich hörte noch um die Ecke gelungene Liebes führen.

Da wunderte ich mich nicht mehr, daß Madame zu den Jährigen heimzukehren unterlassen hatte, und war los und ledig der quälenden Vergleiche zwischen Amices und meinem Gesicht.

Dies Schließen ist doch ein eigen Dändchen! So reich, so schön, so bedürftig, und dabei noch so streng abgeschlossen in manchen Dingen, wie wenn's außerhalb der Welt läge. Dennoch findet man selten so viel gebildete Leute beisammen. Die Stadt (um nicht Städtchen zu schreiben!), wohin Herr Vutenop, alte Theaterfamilie, mich brachte, heißt Frankenstein und bildet auf dem Uebergange aus fruchtbarstem flachen Lande gemäßigteren die Hauptstation ins Glatzer Gebirge. Reiche Umgegend. Süßliche Gemächten. Will aber doch nicht reichen. Ich fürchte, mein Direktor verpielt, was die Truppe ihm erspielt. Dieses Karten spiel... Su! ... Ich hab', ich weiß nicht wo, gelesen, die Spielarten wären erkunden worden, um einem französischen Könige, der den Verlust verlor, zerstreute Unterhaltung zu gewähren. Für diesen Zweck scheinen sie mir recht passend.

Kinder und Wahnsinnige mögen sich damit ergötzen. Wie aber denkende Menschen... Ja, was hilft's? Hat doch der größte Denker einer, hat doch Lessing leidenschaftlich gespielt. Die Welt besteht aus so vielen Rätseln und Widersprüchen, als Menschen in ihr herumlaufen. Ich's denn nicht auch ein Widerspruch und ein unauflösbares Rätsel, daß ich vor vierundzwanzig Jahren lieber das Leben als die Schauspielkunst aufgegeben hätte, ja daß ich noch vor zehn Jahren nichts darüber kannte... und daß ich mich jetzt, wenn ich im Lohse fahre und das Treiben vor mir betrachte, alles Ernstes frage: wie können vernünftige Wesen sich einer Kunst widmen wollen, worin einer allein gar nichts zu leisten vermag; wo er fast mehr von anderen abhängt, wie von sich; wo jeder Zuschauer ihn verderben kann, was er mit Fleiß und Mühe in sich erschuf? Und dies nun gar in einer Zeit, die keinen Gehorsam, keine zünftige Folgsamkeit mehr kennen will! Einer Gewerkschaft! Die Bewilligungen werden von Seiten der Regierungen erteilt ohne die geringste Rücksicht auf artistischen Beruf. Wer einigermaßen verbürgen kann, daß er ein „solcher Mann ist“, will sagen, daß er, die erforderliche Abgabe pünktlich entrichten wird, darf Theaterdirektor werden. Die neuen Entwürfen mögen sich wie Wab-

läuse, und ein Prinzipal frisst dem anderen das Brot vom Munde weg, wie die Matkäuse, einer der anderen, den Saft vom Stiel.

Da befinden wir uns in Reichendach, der Stadt der Monarchie. — Wir gaben vor einigen Tagen Kobebues „Rehrod“, das Lustspiel, welches ja, dem ich, auch figuriert auf dem Sündenregister, um dessen willen Herr Studiosus Sand, der Gottesgelahrte, dem Komödienschreiber das Messer deutscher Jugend in den Leib stieß? Hat jüstia und vereat die Komödie! Befagter „Rehrod“ ist und bleibt das beste deutsche Original-Unterhaltungsstück. Unanständig? Unflüchtig? Was denn? Wie denn? Warum denn? „Die schuldigen Schuldbeutungen“ lautet sein zweiter Titel. Es ist eben nur eine Variation auf das alte geübte Thema: „Wir sind allzumal arme Sünder.“ Dabei aber eine so lustig-lebenbige, geistvolle, persönliche, belehrende, daß ich gar nichts Besseres weiß. Herrn von Kobebues geistigen, bittigen, neidischen Charakter besitze... wenn nur zur Hälfte wahr ist, was man davon spricht und schreibt, so war er ein Volksthe im Reinen, und ich fühle mich keineswegs geneigt, ihm Seele und Gemüt zuzuwenden. Was jedoch sein Gesicht für Lustspiel und mehrere Bosse betrifft, seine glücklichen Einfälle, seine Beherrschung der Szene, da weiß ich nicht, wer ihn übertrifft. Unschicklich? Unanständig? Das ist ein philtrophischer Tadel, der oft auch die Werke anerkannter Meister trifft. Kobebue, sagen sie, soll unflüchtig sein. Da steht's! Wer zieht die Scheibewand zwischen unanständigen und unflüchtigen Bühnenspielen? Wer kassiert die bloß unflüchtigen und die entschieden unflüchtigen Lustspiele? Wer lehrt uns, wo sie ineinander schmelzen? Leichter gesagt denn getan!

Schiller gilt für den flüchtigsten aller Poeten. Es ist nicht schwierig, Unanständigkeiten in seinen Stücken, besonders in den drei ersten, aufzufinden, welche schon unflüchtig genannt werden dürften. Aber ich mache mich auch anheißig, wirkliche Unflüchtigkeiten bei ihm nachzuweisen, die in achtungsfähigen, poetischen Formen auftreten. Dahin rechne ich den Vorschlag, den Fürstin Mutter von Messina ihrem Sohne César macht, um der Geliebten (seiner Schwester) willen am Leben zu bleiben und es mit ihr zu genießen; dahin rechne ich Wallensteins Thema, die einer unglücklichen, vereinten Mutter im fürchterlichsten Augenblicke lieblos unflüchtig davonkluft, der zerstampften Leichnam des Piccolomini aufzusuchen. Solche Unflüchtigkeiten erscheinen mir weit verlockender, weil sie höher gehend verknüpfen und in erhabenen Sentenzen reden. Götter Thella ihrem Blute und besser: Wallungen nachgebend, sich mit Wäg, da er lebte, vergewen, so würden die Damen Peter scheren. Daß sie aber, da er tot ist, seinen blutigen Körper höher stellen, als ihre Tochterpflicht, findet man subtil. So verhalten sich die Unflüchtigen. (Vorklammung folgt)

...ung ihrer Kulturansprüche durch den Appell an die öffentliche Meinung, an die Gesetzgebung zu erreichen, dann bricht über kurz oder lang ein unerhört gewaltiger Kampf in den Bergwerksbezirken aus! Dieser Kampf hat auch längst der bekannte Generalsekretär Effert vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter öffentlich Ausdruck gegeben. Die Kosten dieses Kampfes der Grubenproletarier würde ganz bestimmt das Kohlenverbrauchende Publikum zu tragen haben.

Nicht die wirtschaftliche oder technische Möglichkeit, die Forderungen der Bergarbeiter nach besserem Schutz ihres Lebens zu erfüllen, braucht diskutiert zu werden. Diese Möglichkeit besteht. Es handelt sich nur um den Willen des Gesetzgebers und der Grubenausbeuter, zu gewähren, was die Bergarbeiter im Interesse ihres Lebens, aber auch zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft fordern. Früh genug appellieren diesmal die Bergarbeiter an die Humanität und die Vernunft. Sollte ihre Stimme wieder ungehört verhallen, so tragen die Herrschenden allein die volle Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen.

Der Wahlrechtskampf.

Die Wahlrechtsdemonstrationen, die am letzten Sonntag in zahlreichen Städten Preußens stattfanden, legen Zeugnis ab von der wachsenden politischen Erregung, die sich der Arbeiter angesichts der neuesten Ereignisse naturgemäß bemächtigt. Preußen hat aufgehört, ein geordneter Staat zu sein, seit seine Regierung vor den Eroberungen einer Minorität widerspruchslos kapituliert hat. So groß und berechtigt auch das Misstrauen war, mit dem die arbeitende Bevölkerung Preußens den Wahlreformplänen des Hofmarschalls Bülow entgegen sah, so kann es ihr doch nicht gleichgültig sein, wenn jetzt die preussische Regierung angesichts der drohenden Fälligkeit der Konvention überhaupt auf jede Reformfähigkeit verzichtet. Denn dieser Verzicht, die widersprüchliche Aufnahme der Erklärung von Reichshofen durch die Regierung, erhebt blutig die Wahrheit anarthischen, kopflösen Zustände, denen das preussisch-deutsche Staatswesen seit den kritischen Novembertagen mehr denn je verfallen ist.

Gegen solche Zustände hat die arbeitende Bevölkerung Preußens am letzten Sonntag protestiert.

Strahendemonstrationen sind in einem Staate modern mit geordneten Verhältnissen ein legales Mittel, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf gewisse drängende Forderungen zu lenken, die von weiten Volksteilen erhoben werden. Die preussische Wahlrechtsbewegung hat nichts zu fürchten von einer Regierung, die wirklich stark sein will; denn fortan wird sich in Preußen jede Regierung davon überzeugen müssen, daß sie nur stark sein kann, wenn sie sich von der breiten Volksströmung, der Wahlrechtsbewegung, tragen läßt.

Man kann sich diesen Bülow freilich nicht als einen Wahlreformminister vorstellen, wie ihn Österreich in kritischer Stunde zu seinem Glück gefunden hat. Aber man denke sich einen anderen künftigen preussischen Ministerpräsidenten und Reichskanzler, der den Mut hätte, als Vorkämpfer und Verantwortlicher der doch gar nicht „unlöslichen“ konstitutionellen und demokratischen Volkswünsche aufzutreten, und frage sich, ob dieser Mann nicht tausend Mal stärker und mächtiger dastünde, als solch ein armerlicher Ministerpräsident von heute, der zusammenfährt, wenn ein Kammerdiener hustet.

Wir wissen sehr genau, daß jede Regierung, die wir unter der Herrschaft der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung zu erwarten haben, unsere politische Segnerin sein wird. Aber es gibt politische Geister, vor denen man Achtung hat, und andere, vor denen man keine Achtung hat. Der Kampf, den man gegen geachtete Segner führt, nimmt andere Formen an als jener, den man gegen verachtete Feinde zu führen gezwungen ist. Die Haltung, die die Regierung Bülow in den letzten Tagen gegenüber den Jüngern eingenommen hat, hat nun wesentlich dazu beigetragen, den preussischen Wahlrechtskampf in seinen Formen zu verschärfen und zu verbittern, weil sie den Glauben an eine geordnete staatliche Macht in Preußen ins Wanken gebracht und die Gefühle der Geringschätzung gegenüber dem angeblich regierenden, schwerverantwortlichen Regiments wesentlich gesteigert hat.

Aus dem Lande.

Geneser, 31. Januar. Gestern fanden hier und im benachbarten Baden neben Wahlrechtsdemonstrationen statt. Die Tagesordnung lautete überall: „Statt Erziehung des Wahlrechts — Aufhebung des Gesetzes über die Arbeiter.“ Nach Beendigung der Demonstrationen kam es zu schweren, blutigen Zusammenstoßen mit der Polizei. Die Polizei hatte die Hauptkassette für die Arbeiter abgeholt, und als die Teilnehmer wieder zurückzukehren wollten, wurde ihnen die Kasse durch die Polizei in die Hände gedrückt. Die Teilnehmer wurden durch die Polizei in die Straßen gedrückt, und gegen die Menge, die nun langsam von allen Seiten einströmte, wurde das Gewehr geladungsvoll gemacht. Schüsse schlugen auf die Demonstranten ein, unter denen sich auch zahlreiche sonstige Passanten und auch Frauen, die zum ersten Mal bei solchen Demonstrationen teilnahmen, befanden. Die Teilnehmer wurden durch die Polizei in die Straßen gedrückt, und gegen die Menge, die nun langsam von allen Seiten einströmte, wurde das Gewehr geladungsvoll gemacht. Schüsse schlugen auf die Demonstranten ein, unter denen sich auch zahlreiche sonstige Passanten und auch Frauen, die zum ersten Mal bei solchen Demonstrationen teilnahmen, befanden.

Stettin, 1. Februar. Im Anschluß an die acht Wahlrechtsdemonstrationen, die gestern in Stettin vor zahlreicher Umrahmung stattfanden und zusammen ungefähr von ca. 5000 Menschen besucht waren, fanden in der Stadt gewaltige Wahlrechtsdemonstrationen statt. Die Polizei, die schon vorher in der Nähe der Versammlungsorte starke Schutzmannschaften postiert hatte, verwehrte der aus den Versammlungen kommenden Menge den Zutritt ins innere Stadt. Zur Beilegung der Polizei fand sich aber der größte Teil der Demonstranten auf dem Rastplatz ein, von wo eine unabsehbare Menschenmenge nach der in der Nähe gelegenen Wohnung des konservativen Land- und Reichstagsabgeordneten Wallowicz zog und vor demselben durch Rufe stürmisch demonstrierte. Die Polizei drängte die Menge nach der Dammstraße, die Schüsse gegen die Menge abgab und dabei gränzig auf die Demonstranten ein; ca. 30 Personen wurden verletzt und ebenfalls Verhaftungen vorgenommen, von denen aber nur drei anrecht erhalten wurden.

Frankfurt a. M., 31. Januar. Hier war heute der Promenadenparade, der sich um die innere Stadt zieht, und der diese durchschneidende Hauptstraßenzug Zeit-Raststraße der Schauplatz einer imposanten Wahlrechtsdemonstration. Um 11 Uhr waren 10 Wahlrechtsdemonstrationen einberufen, die sämtlich außerordentlich überfüllt waren. Nach Schluß der Versammlungen, um 12 Uhr Mittags, formierten sich die Demonstranten zu Märschen, die auf 10.000 Personen anwuchsen. Die Polizei war in verschiedenen Punkten der Stadt konzentriert. Polizeibeamte in Zivil begleiteten die Märsche, im übrigen aber enthielt sich die Polizei jeder Einmischung in die Kundgebungen. Das Militär war in den Kasernen konzentriert.

Vor der Fabrik Fiedelheim bei Frankfurt a. M. kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Das Vorgehen unserer Genossen hat jedoch ernstere Folgen verhindert, so daß Verletzungen nicht vorliefen.

Kiel, 31. Januar. Die Wahlrechtsdemonstration verlief glänzend. Sechs große Versammlungen fanden statt, zu denen die Demonstranten aus verschiedenen Strahlenzügen in großen Trupps anmarschierten. Nach der Versammlung zogen die Demonstranten in drei langen Märschen, Kampflieder singend und Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausbringend, auf verschiedenen Wegen zu dem innerhalb der Stadt liegenden Erzerplatz, wo sich circa 12.000 Menschen sammelten. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend und beschränkte sich hauptsächlich darauf, die Gegend des Schlosses freizuhalten. 30 Personen wurden verhaftet, aber wieder freigelassen.

Hildesheim, 31. Januar. Hier zogen 6000 Personen vor und nach der Versammlung durch die ganze Stadt nach dem außerhalb der Stadt gelegenen Versammlungsort, das nur den kleinsten Teil der Massen zu fassen vermochte. Die Polizei war sehr zurückhaltend.

Neumünster, 31. Januar. In zwei Versammlungen demonstrierten 2500 Personen. In die Versammlungen schloß sich eine Strahendemonstration an.

Elmhorn, 31. Januar. Hier protestierten 1200 Personen, die nach der Versammlung unter Abführung der ... auf dem Marktplatz zogen.

Hendeburg, 31. Januar. Hendeburg hatte 700 Wahlrechtsdemonstranten auf die Beine gebracht, die nach der Versammlung in geschlossenen Märschen durch die Stadt marschierten.

Asche, 31. Januar. 400 Personen demonstrierten vor der Versammlung durch einen Straßenzug, der mehrmals in der rückwärtigen Weise durch die Polizei gebremst wurde. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Zentralvereins wurde verhaftet und während der Dauer der Versammlung in Haft gehalten.

Dortmund, 31. Januar. Hier und in Görde fanden heute drei Demonstrationen statt, von denen zwei überfüllt und die dritte sehr gut besucht war. In irgend welchen Zusammenstoßen ist es nicht gekommen. Auf der Straße wurde nicht demonstriert.

Geneser, 31. Januar. Hier fanden zwei sehr heftige Demonstrationen statt. Nach Beendigung derselben zogen 2000 Personen durch die Stadt. Als sie vor das Rathaus kamen, wurde die Parade durch die Polizei gestoppt. Die Polizei verwehrte den Zug zu zerstreuen, das gelang ihr jedoch nicht.

Wiesbaden, 31. Januar. Hier kam es zu Zusammenstoßen mit der Polizei, als der 2000 Mann zählende Demonstrationenzug an das Kaiserliche Schloß kam. Eine Schutzmannschaft versuchte den Zug zu sprengen. Verletzt wurde niemand. Im übrigen verlief die Demonstration ruhig.

Solingen, 31. Januar. Die Wahlrechtsdemonstration war von 2000 Personen besucht. Nach Schluß der Versammlung fand die von der Polizei genehmigte Strahendemonstration statt. Es nahmen daran 5000 Personen teil. Da die Polizei sehr zurückhaltend war, verlief alles in bester Ordnung.

Remscheid, 31. Januar. Die Versammlung war von 2000 Personen besucht. Vorher hatten sich die Genossen auf dem Marktplatz versammelt. Dort demonstrierten etwa 3000 Personen. Die Polizei versuchte einzugreifen, nahm aber schließlich Abstand.

Dortmund, 1. Februar. Im Wahlkreis Dortmund-Uhr haben gestern, Sonntag, insgesamt 14 große Demonstrationen stattgefunden. Die Versammlungen, namentlich die am Ende, waren zum Teil überfüllt; die Stimmung war überall eine kampfbereite. In Zusammenstoßen ist es nirgends gekommen.

Ein englisches Urteil über die preussische Wahlrechtsbewegung.

In einem Artikel, der dem 50. Geburtstag Wilhelm II. gewidmet ist, kommt das liberale englische Regierungsorgan „Daily News“ auch auf die gegenwärtige Situation des preussischen Wahlrechtskampfes zu sprechen. Darüber liest man dort u. a. folgendes:

Bisher hielten Bureaucraten und Konservative einzig im Widerstande gegen jede Reform des jamosen preussischen Wahlrechts — eines Systems, das ermöglicht, daß von fünfzehn Wählern drei ihre zwölf ärmsten Wähler mit doppelter Übermacht niederstimmen. Neuerdings aber hat die sozialdemokratische Agitation, wunderbar organisiert und ebenso klug in der Wahl ihrer Mittel, wie gerecht in ihren Forderungen, den Fürsten Bülow gezwungen, gewisse Reformen in Erwägung zu ziehen — Pläne eines zwar keineswegs auf demokratischer Grundlage ruhenden, aber doch nicht ganz so hoffnungslos veralteten, nicht ganz so freiend ungerichteten Wahlrechts. In einer so verarmten politischen Welt, wie der deutschen, ist es gefährlich zu beschleunigen. Aber die Unfähigkeit der feudalen Junkerpartei, ein fruchtbares Bündnis mit Gruppen zu unterhalten. Sie nicht ganz so eingetrigelt traditionär sind, wie sie selber, muß früher oder später ihrer Herrschaft ein Ende machen. In der Vergangenheit beruhte ihre Macht teils auf höfischer Gunst, teils auf ihrem veralteten Wahlrecht, das jetzt vor aller Welt gerichtet ist. Man neigt zu Annahme, daß die Politik des Fürsten Bülow dahin geht, dieses Wahlrecht durch Begünstigung der Konservativen und des Mittelstandes zu ändern, daß die konservative Herrschaft gebrochen wird, ohne daß hierbei die Sozialdemokratie eine bedeutende Zahl von Vertretern erlangen kann. Man braucht den Wert eines solchen Schrittes nicht zu überschätzen; denn es

gibt selber keine wirklich liberale Partei, die aus ihm Vorteil ziehen könnte. Er bedeutet aber immerhin einen Bruch mit einer hartnäckig junkerlichen Ueberlieferung und eine Vermehrung des Einflusses der dem Namen nach liberalen Gruppen, die bei all ihrer Neigung zu Kompromissen und ihrer verhängnisvollen Entsendung von der Arbeiterschaft immerhin doch für gewisse konstitutionelle Ideale eintritt und für eine Verschärfung der Finanzpolitik oder für solche dem Zeitgeist hohnsprechende Maßregeln wie die neueste Potengehebung, nicht zu haben ist.

Das Urteil des großen liberalen Blattes trifft unsere deutschen Liberalen zerschmetternd. Denn das einzige, was das englische Regierungsorgan „immerhin doch“ zugunsten des deutschen Liberalismus anzuführen imstande zu sein glaubt, dieses Einzige beruht — wie der deutsche Leser weiß — auf einem Irrtum. Die Geschichte der national-liberalen Partei ist besetzt durch die Annahme des Sozialistengesetzes. Die national-liberale Partei ist die eigentliche Treiberin und Trägerin der Polenhege, die dem deutschen Namen in der Welt mehr Schande und Schaden zufügt, als mancher hierzulande glauben möchte. Säkularisch waren es die Freikämmlinge, die das Recht der Polen auf öffentlichen Gebrauch ihrer Muttersprache durch einen schändlichen Streich vernichteten.

Mit diesem Irrtum fällt auch, was das englische Blatt über den Wert einer Teilreform sagt. Sein Urteil zeigt erst recht, daß sich das preussisch-deutsche Volk vor verdienter Verachtung des Auslandes nur retten kann durch den Sieg des gleichen Wahlrechts und der Sozialdemokratie.

Politische Uebersicht.

Eine offiziöse Drohung? Ein aus Berlin stammender Artikel der Wiener „Neuen Freien Presse“ erregt sich in Betrachtungen über die innerpolitische Lage Deutschlands, und klang dahin aus, daß Bülow trotz aller Unstimmigkeiten einen heiteren und zufriedenen Eindruck mache. Wie die „Nationalzeitung“ wissen will, ist Bülow nicht bloß heiter und zufrieden, sondern auch fest, weil er überzeugt ist, daß nur mit Festigkeit die heutigen politischen Wirrnisse zu beseitigen sind. Sollte die Finanzreform scheitern, so wird es klar werden, wer die Verantwortung trägt, und der Kanzler wird zu seinem Teil dazu beitragen, daß alle Schichten der Nation über die Zusammenhänge in klarer Erkenntnis unterrichtet werden.

Sollte in dieser offenkundigen Drohung die Ankündigung einer neuen Auflösung des Reichstages stecken? Fürst Bülow hat einmal mit der Auflösung des Reichstages gute Geschäfte gemacht, so daß es ihm allerdings zuzutrauen wäre, daß er auch ein zweites Mal die Probe auf das Exempel macht. Mit welchem Erfolg, das allerdings steht auf einem anderen Blatte.

Die konservative Presse tut inzwischen so, als sei die Nachlaststeuer eine bereits überwundene Sache. Und es besteht in der Tat die Möglichkeit, daß die Regierung vor dem agrarischen Ansturm zurückweicht und der Vorlage eine wesentlich veränderte Form gibt. Es wird damit gerechnet, daß eine ganz erhebliche Ermäßigung der Steuer dann eintreten soll, wenn Kinder und Ehegatten die Erben sind. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß, wenn die Konservativen für eine gemilderte Nachlaststeuer eintreten, dann die Blockparteien doch noch dazu veranlaßt werden könnten, für das Branntwein-Monopol einzutreten. Also ein Schachergeschäft in des Wortes verwegener Bedeutung.

Das Abgeordnetenhaus

beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Antrage unserer Genossen auf Aussetzung der gegen den Genossen Liebknecht verhängten Festungshaft. Die Geschäftsordnungs-Kommission war, wie das vorausgesehen war, zur Ablehnung des Antrages gekommen und hatte auch beim Plenum einen Antrag auf Ablehnung eingebracht. Diesem Antrage traten mit Ausnahme der Polen alle bürgerlichen Parteien bei. Bedeutsamer waren die prinzipiellen Debatten, die sich an unseren Antrag knüpften, den Artikel 84 der Verfassung dahin zu ändern, daß jede Straffhaft eines Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperiode auf Beschluß des Landtags aufgehoben werden muß. Gleichzeitig mit zur Verhandlung stand ein freisinniger Antrag, der im wesentlichen auf dieselbe Forderung hinauslief. Diesen Antrag begründete der freisinnige Abgeordnete Träger in einer, wie anerkannt werden muß, entschieden liberalen Rede. Er legte den Hauptwert darauf, daß das Interesse des Parlaments seine Mitglieder vollständig beisammen zu sehen, höher stehe, als das Interesse des Staates an der Ruhe für irgend ein politisches Vergehen. Und nur um solche Vergehen kann es sich so handeln, denn mit Recht wies Träger die Befürchtung zurück, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses sich aus Raubmördern und Urkundenfälschern zusammensetzen könnte. Auch das Zentrum und die Nationalliberalen sprachen sich natürlich entsprechend milder „im Prinzip“ für die Anträge aus, während beide konservative Parteien sich ablehnend verhielten. In einer scharfsinnigen Rede, die sowohl die rechtliche wie politische Seite der Frage erschöpfte, präzisirte Genosse Girsch den Standpunkt unserer Fraktion. Er konnte sich für die Richtigkeit unserer Auffassung auf hervorragende Strafrechtslehrer berufen, und er wies auf die bei der „objektivsten“ Bedörde der Welt durchaus bestehende Möglichkeit hin, einen mißliebigen Abgeordneten während der Pausen zwischen zwei Sessionen verurteilen und dann während der Session selbst einsperren zu lassen. Mit der größten Entschiedenheit aber wandte sich unser Redner gegen die Auffassung, als ob wir von der Regierung irgendwie die Erfüllung einer Bitte verlangten, oder als ob wir gar die Gnade des Königs anliehen. Das entspricht nicht unserem Gefühl und noch weniger dem Gefühl des Genossen Liebknecht, der sich ausdrücklich beauftragt hatte, zu erklären, er würde eine Bitte um Gnade geradezu als Beleidigung anliehen. Es war durchaus konsequent, daß unser Redner ankündigte, wir würden gegen unseren eigenen Antrag stimmen, wenn man ihm solche Motive unterstiehe. Beide Anträge wurden

schlechte gegen die Stimmen der Rechten der Justizkommission überlesen.

Das Defizit steigt. Die Einnahmen des Reiches gehen in erschreckendem Maße zurück. In den verfloffenen neun Monaten des laufenden Etatsjahres April bis Dezember sind die Einnahmen um 150 Millionen hinter dem Etat-Voranschlag zurückgeblieben.

Der unbotmäßige Kriegerverein in Delmenhorst soll vom Kriegsbunde zur Naion gebracht werden. Die Angelegenheit hat dadurch einen vorläufigen Abschluss erhalten, daß der Vorstand des Oldenburger Kriegerbundes die Entscheidung geläßt hatte, ein einzelner Kriegerverein habe nicht die Machtbefugnis, ein Mitglied, das Offizier ist, auszuschießen.

Der unbotmäßige Kriegerverein in Delmenhorst soll vom Kriegsbunde zur Naion gebracht werden. Die Angelegenheit hat dadurch einen vorläufigen Abschluss erhalten, daß der Vorstand des Oldenburger Kriegerbundes die Entscheidung geläßt hatte, ein einzelner Kriegerverein habe nicht die Machtbefugnis, ein Mitglied, das Offizier ist, auszuschießen.

Es ist für die alten Krieger sehr wichtig, daß bei dieser Gelegenheit die Gleichheit im Kriegerverein so schön an den Tag kommt. Ein alter Soldat, der drei Feldzüge mitgemacht hat, kann hinangeworfen werden, wenn er sich zu einer freien Gesinnung bekennt.

Kreuz Brot und billige Menschenfleisch. Aus einem agrarischen Kultur: „Deshalb ist es gerade die Zeit einer günstigen Wirtschaft, in der alle Arbeiter geschlossen zu den in ihrem eigenen Interesse erzielten und geleiteten Institutionen halten sollten, um es in dieser Zeit den Arbeitnehmern zu ermöglichen, ihre Organisation zu verbessern und eine solche Stellung auf dem Markt zu gewinnen, daß sie den verwerflichen Einfluß der Agenten auf die Bewegung des Marktes ein für allemal beseitigen und schließlich Preissteigerungen ein Ende bereiten können.“

Es handelt sich natürlich nicht um Erbsen oder Schweine, deren Preise nie hoch genug sein können, sondern um arbeitende Menschen. Die will man so billig wie möglich haben. Die Krise — Hurra!

Von einer durch Sozialdemokraten eroberten Kirchenverwaltung weiß das „S. L.“ aus München zu melden. Bei der Wahl des Kirchenrates und der Ergänzungswahl der Kirchenverwaltung der katholischen Kirche München-Sendling siegten die Sozialdemokraten mit starken Majoritäten über die liberal-liberale Minderheit.

Die Schulkreuzer in Württemberg. Der Landtag hat am Sonntag die Beratung der Schulnovelle zu Ende geführt. Es gelang, noch einige wesentliche Verbesserungen zu erzielen. Die Regierung wollte eine selbständige Oberaufsichtsbehörde für die evangelischen Schulen, die bisher unter der Leitung des Zentrums standen, schaffen, für die katholischen Schulen aber den katholischen Oberkirchenrat auch in Zukunft als Oberaufsichtsbehörde belassen.

Die Schulkreuzer in Württemberg. Der Landtag hat am Sonntag die Beratung der Schulnovelle zu Ende geführt. Es gelang, noch einige wesentliche Verbesserungen zu erzielen. Die Regierung wollte eine selbständige Oberaufsichtsbehörde für die evangelischen Schulen, die bisher unter der Leitung des Zentrums standen, schaffen, für die katholischen Schulen aber den katholischen Oberkirchenrat auch in Zukunft als Oberaufsichtsbehörde belassen.

Das Reichsvereinsgesetz im kleinen Städtchen. Genosse Th. Adlmann aus Gronau im Hannoverschen sollte die Paragraphen 16 und 18 des Reichsvereinsgesetzes verletzt und außerdem einen Gendarm „tätlich beleidigt“ haben. Er war dieserhalb vom Schöffengericht in Elze zu 26 Mark verurteilt worden, wogegen er Berufung einlegte.

aufmerksam, daß die Verfassung keine „offizielle politische“ sei, eine Behauptung, über die er damit quittierte, daß er die Augenblicke aus dem Lokale hinauswies. Auf den erneuten Versuch der Rechtsbelehrung des Gendarmen reagierte dieser mit — der Auflösung der Versammlung.

Es folgten nun turbulente Szenen, hervorgerufen durch den Uebereifer des Beamten. Kaum hatte er nämlich die Auflösung der Versammlung verkündet, als er auch schon die Rednerin am Arme vom Podium herunterschleifte. Das verlebte die „Aufgehörten“ in begeisterte Erregung, und der Gendarm steigerte diese Erregung zur Empörung, indem er den Revolver gegen die Leute zeigte, unter denen sich auch viele Frauen befanden. Frau Basse war es, die in dieser gefährlichen Situation nach beiden Seiten energisch zur Selbstbeherrschung aufforderte, und als der Beamte die Waffe erhob, stellte sich unsere Genossin mutig vor ihn hin. Der Gendarm, der in einer Ecke des Lokals Rückenbedeckung gesucht hatte, stellte hinter dem Rücken der Protestiererin weitere Patronen in sein Schloß und wußte schließlich nichts Besseres zu tun, als — Frau Basse für verhaftet zu erklären. Immer noch den Revolver zückend, geleitete er Frau Basse ordnungsgemäß aus dem Saale, während diese fortfuhr, beruhigend auf die äußerste provozierte Menge einzufreden.

Wenn die Verhaftete dabei versicherte, sie würde wiederkommen, der Beamte würde über seinen Irrtum aufgeklärt werden, so sollte sie sich freilich über die Behauptungsfähigkeit der sämtlichen Gesetzeswächter gründlich getäuscht haben. Wie eine schwere Verbredlerin wurde unsere Genossin, weil sie dem „Liberalismus“ des Reichsvereinsrechts übertriebene Bedeutung beilegte, durch die Strafen nach dem Polizeigesetzungsgehalt, von einer großen Menge begleitet, die eine solche Demonstration der Liberalen Aera noch nicht gesehen hatte. Unsere Genossin mußte nun circa sechs Stunden „brummen“, und zwar wurde sie erst auf wiederholtes nachdrückliches Eingreifen eines Parteigenossen befreit, der vom Landrat zuerst hören mußte, die Frau komme nicht „los“, denn er „der Herr Bürgermeister hat gewünscht, daß sie hierbleibe!“

Als der Herr Landrat schließlich anderen Sinnes wurde und die Haftentlassung der Genossin Basse anordnete, wurde ihr der Zug dorgeschrieben, womit sie aus dem Städtchen hinaus mußte, und außerdem hatte der Gendarm auf dem Wege zum Bahnhof hinter ihr herzugehen, um jede Konspiration gegen die Sicherheit des Städtchens zu verhindern.

Das Verbrechen des Genossen Adlmann sollte nun darin bestehen, daß er bei der Unschuldmachung der furchtbar staatsgefährlichen Frau den bezerrten Gendarmerechtsmeister — man denke! — „leise an den Arm gestoßen“ und — schließlich! — einen „brummenden Laut“ von sich gegeben habe. Das wurde als „tätliche Beleidigung“ aufgefaßt. Dazu kam noch die Verhöhnung gegen das polizeiliberale Reichsvereinsgesetz. Die Strafkammer verurteilte die Verhöhnung des Genossen Adlmann, der also die Staatskassette in Gronau mit 26 Mark zu honorieren hat. Ein ganz ähnlicher Preis. Ob's aber dem Herrn Landrat genügen wird?

Die Frage der Feuerbestattung in Bremen soll demnächst geklärt werden. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist ein solcher Gesetzentwurf im Ministerium des Innern bereits fertiggestellt. Auch in dieser Frage ist Bremen bisher hinter einer ganzen Anzahl kleinerer Bundesstaaten zurückgeblieben.

Die neue Uniform für Schloßgarden. Wie die Scherleppe mitteilt, hat der Kaiser der Schloßgarden-Kompagnie eine neue Uniform verliehen, die er selbst entworfen hat. Die neue Uniform ähnelt derjenigen, die in der Friedrichsianischen Zeit getragen wurde. Daß der Kaiser die Kosten der von ihm verliehenen und zumorenen Uniform selber trägt, wird allerdings nicht berichtet. Vielleicht liegt das aber nur an den „eingeschränkten“ Hofberichten.

Wirkung der polizeilichen Anweisungsmante. Ein in Dresden wohnender Schneider namens Kral aus Ahornen wurde aus unbekannter Ursache ausgemittelt. Der Mann nahm sich das so zu Herzen, daß er einen Verhaftungsversuch anstellte. Er wurde schwerwiegend in das Krankenhaus gebracht.

Freisinnige Parteiorganisation in Groß-Berlin. Ein freisinniger Parteitag für Groß-Berlin beschloß ein Organisations-Komitee, wonach künftig der Parteitag der freisinnigen Parteifraktion für Groß-Berlin aus je 3 Vertretern der 6 Berliner Reichstagswahlkreise, je 2 Vertretern der 12 Berliner Landtagswahlkreise und der vier Landtagswahlkreise Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Teltow-Land und Ober- und Niederbarnim, sowie aus je einem Vertreter der auf dem Boden der Freisinnigen Volkspartei stehenden Vereine von Groß-Berlin besteht. Durch Beschluß kann der Parteitag noch anderen in Berlin bestehenden Vereinen der freisinnigen Volkspartei eine Vertretung durch je einen Delegierten einräumen. Der Vorstand des Berliner Parteitag besteht aus 21 Mitgliedern, von denen 6 den Organisationen der Vororte angehören müssen; demnächst soll ein Parteisekretär angestellt werden.

Ausland.

Der Skandal des Spitzels Agew. Die Affäre des russischen Polizeispitzels Agew fordert weitere Opfer. Sonntag Morgen wurde in Petersburg in der Wohnung des ehemaligen Direktors des Polizeidepartements, Popuchin, eine Hausdurchsuchung abgehalten, worauf dieser verhaftet und in das Zellengefängnis gebracht wurde. Die Verhaftung hängt mit einem in der „Times“ veröffentlichten Briefe Popuchins in der Agewaffäre zusammen. Man behauptet, auch der ehemalige Schiffschef des Ministers des Innern, Fürst Urussow, und das Mitglied der ersten Duma Fürst Dolgorucki wurden verhaftet.

Weitere Meldungen über die Verhaftung Popuchins befragen: Der Verhaftung Popuchins gingen mehrstündige Beratungen hoher Beamter des Justizministeriums und des Ministeriums des Innern voraus. Sonntag Vormittag begaben sich diese Beamten in Begleitung von 35 Polizeibeamten, die kugelsichere Panzer trugen, nach dem Hause Popuchins und umstellten es. Die Verhaftung erfolgte völlig überraschend. Popuchin, der anfangs bestürzt war, beruhigte sich bald, und händigte selbst dem Gerichtsbeamten ein wichtiges Schriftstück ein, angeblich einen Brief des Revolutionärs Barzew. Bei den Fürsten Urussow und Dolgorucki sowie bei mehreren Rechtsanwälten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, das Gerücht von ihrer Verhaftung bestätigt sich jedoch nicht. Popuchin stand in engster Verbindung mit dem Terroristenführer Agew, der in Diensten der Geheimpoli-

zei stand. Er wird beschuldigt, die Doppelrolle Agew's dem Zentralkomitee der Revolutionäre in Paris verraten zu haben.

Aus Paris wird weiter gemeldet: Die beiden hiesigen Blätter aus Petersburg telegraphiert wird, erfolgte die Verhaftung Popuchins unter der Auflage des Hochverrats. Wie nämlich aus den jüngsten Enthüllungen hervorgeht, war er es, der dem Führer der russischen Terroristen Burschew die Mitteilung machte, daß Agew ein Vordiplom sei. Ein Brief von Agew's verdrähtem Treiben Kenntnis hatte, noch bevor Popuchin eine diesbezügliche Mitteilung gemacht hatte. Popuchin geht dem ältesten russischen Adel an.

Auch bei dem berühmten Rechtsanwalt Scholow, bei dem früheren Gehilfen des Reichsprokureurs Bibikow, sowie in 20 anderen vornehmen Wohnungen sind Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen worden.

Die neuen Balkanverhältnisse. In Londoner politischen Kreisen ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß die russische und bulgarische Situation sich weiter zuspitzt hat, und daß die Intervention der Mächte sich nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in Sofia wird geltend machen müssen. Man ist ferner überzeugt, daß in Konstantinopel die Schwierigkeiten nicht unüberwindbar sind, wogegen teils in Warschau, teils in Wien Widerstand zu erwarten ist. Ebenso ist man der Ansicht, daß beide Regierungen wegen der geringen noch bestehenden Differenzen zu einem Kriege es nicht kommen lassen werden.

Die Meldungen aus dem Sandtschal Noibazar lauten sehr ernst. Zwischen Serben und Arnauten kam es zu blutigen Kämpfen. Die Ortshausen Pleusje und Vertun wurden unter militärischen Schutz gestellt. Zahlreiche von Serben bewohnte Ortschaften sind von den Arnauten niedergebrannt und die Einwohner grausam niedergemetzelt worden. Auch beabsichtigt man den Einfall von montenegrinischen Truppen.

Der militärische Wert der Luft. Das Kriegsministerium des Vereinigten Staaten wird, wie ein Kabeltelegramm des S. L. meldet, beantragen, die jährliche Unterhaltungssumme für den Aufstellungsdienst der amerikanischen Armee von 250.000 Dollars auf 750.000 Dollars zu erhöhen. Diese Summen sollen vor allem zum Bau neuer Militär-Luftschiffe verwendet werden. In der Begleitchrift zu dieser Vorlage wird darauf hingewiesen, daß Deutschland sich vor allem in dieser Subventionierung der Luftflotte auszeichnet habe.

Von Deutschland nach den Vereinigten Staaten ist es zwar sehr weit und ehe der erste Lenkballon den Ozean überquert, dürften noch ein paar Jahre vergehen. Trotzdem hat die einseitige Betonung der militärischen Seite dieser neuen Erfindung schon jetzt dieselbe Wirkung wie der Militarismus zu Lande und zu Wasser — die Regierungen drehen an der Steuerpresse und haben einen neuen Grund, die Wölfer zu füttern.

Arbeiterbewegung.

Unternehmer-Terrorismus. Nachhelfende aus der letzten Zeit flammenden Verurteilungen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller können wir wieder veröffentlichen: Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Journ.-Nr. 126/7. (64/1908).

Rundschreiben Nr. 1 pro 1909. Bei der Firma E. Albert u. v. Drathen in Weidorf sind die in der Anlage bezeichneten Tischler u. in den Streit getreten.

Wir bitten, diese sowie alle von genannter Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen. Gleichzeitig bitten wir Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß sich unter Rundschreiben Nr. 64 vom 4. April 1908 erledigt. Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

Die diesem Rundschreiben beigefügte Anlage enthält die Namen, Geburtsorte und Orte der streikenden Arbeiter. Es werden hierdurch 24 Tischler, 1 Drechsler, 1 Bildhauer, 9 Maschinenarbeiter und 1 Arbeiter an anderweitiger freiwilliger Arbeit gebildet. Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Journ.-Nr. 99. Berlin, den 16. Januar 1909.

Rundschreiben Nr. 2 pro 1909. Bei der Firma Rheinische Glasfabrik-Allgemeine in Köln-Ehrenfeld haben die Arbeiter Lohnforderungen erhoben, die nicht bewilligt werden konnten. Wir bitten, alle Arbeiter der genannten Firma bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Journ.-Nr. 99. Berlin, den 16. Januar 1909. Rundschreiben Nr. 3 pro 1909. Die Differenzen bei den Firmen der Glasindustrie in Weidwasser D. L. sind beendet, es erledigen sich somit unsere Rundschreiben Nr. 225 vom 14. und 231 vom 30. Dezember 1908.

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Journ.-Nr. 99. Berlin, den 16. Januar 1909. Rundschreiben Nr. 4 pro 1909. Bezugsnehmend auf unser Rundschreiben Nr. 215 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung bei der Firma Otto Froetep in Hechdt teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Glasfabriken als ausländisch zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperrung über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe aus übernommen, mit Streik bedroht. So haben die Glasfabriken der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke A.-G. (Niederbarnimer Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Modelle der Firma Froetep zu liefern. Die genannte Hütte lag sich deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Glasfabriken zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen. Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Kreuzwegstraße 44. — Verlag des Cölnen. — Druck von Th. Schatzky & Co. in Köln. — Postfach 10. — Berlin.

Schluss des Inventur-Räumungs-Verkaufs

Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr!

Nur bis Mittwoch Abend selbst auf alle die 50% ermäßigten Waren noch ein

5% Extra-Rabatt von M. Schneider.

Am 1. d. Mts. verschied im Wochenbett meine innig geliebte Frau, unsere heizungsgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Anna Ziegler geb. Bauch
 im blühenden Alter von 30 Jahren 8 Monaten.
 Dieses zeigt schmerzertüllt und um stille Teilnahme bittend an
Emil Ziegler
 nebst Kindern.
 Beerdigung: Donnerstag, den 4. d. Mts., Mittags 12^{1/2} Uhr, vom St. Georgs-Krankenhaus nach Gräbchen.
 Droschken stehen am Trauerhaus, Meißelstr. 3, zur Verfügung.

Paradeverein der Klempnergesellen zu Breslau.
 Am 1. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden unser wertiges Mitglied
Frau Anna Ziegler geb. Bauch
 im Alter von 30 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand: R. Nieblich.
 Beerdigung: Donnerstag, den 4. d. Mts., mittags 12^{1/2} Uhr, vom St. Georg-Krankenhaus (Mehlgasse) aus nach Gräbchen.

Am Sonntag, den 31. Januar 1909, starb unser geehrter Chef,
Herr Jakob
 Mitinhaber der Firma Spitz & Sporleder.
 Sein biederes und gerechter Charakter sichert ihm bei uns ein dauerndes Andenken.
 Das Personal der Firma Spitz & Sporleder.

Stadt-Theater.

Dienstag, 7^{1/2} Uhr
 „Ein Wintermärchen“.
 Mittwoch, 7 Uhr
 Neu einstudiert mit neuer Ausstattung.
 „Lohengrin“.
 Donnerstag, 7^{1/2} Uhr
 „Soffmanns Erzählungen“.
 Freitag, 7 Uhr
 „Tristan und Isolde“.
 Samstag, 7^{1/2} Uhr
 „Der fliegende Holländer“

Lobe-Theater.

Dienstag, 7^{1/2} Uhr
 „Moral“.
 Mittwoch, 7^{1/2} Uhr
 „Moral“.
 Donnerstag, 7^{1/2} Uhr
 „Der tapfere Soldat“.
 Freitag, 7^{1/2} Uhr
 „Die Dollarprinzessin“.
 Samstag, 7^{1/2} Uhr
 „Der tapfere Soldat“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag
 Erste G. 3. Vorstellung:
 „Die brennende Frage“.
 Freitag
 Zweite G. 3. Vorstellung:
 „Die brennende Frage“.

Schauspielhaus

Dienstag, 8 Uhr
 „Grethen“.
 Mittwoch, nachmittags 3^{1/2} Uhr
 Kollis-Vorstellung.
 Keine Karte!
 „Der Besucher“.
 Samstag, 8 Uhr
 „Die Förster-Christel“.
 Sonntag, 8 Uhr
 „Die Förster-Christel“.

Liebig's Etablissement.

Robert Steidl
 und des Friseur
 Februar-Programm.
 Anfang 7^{1/2} Uhr.

Viktoria-Theater.

Ringkampf
 (Schlingkämpfe)
 dazu das großartige
 Februar-Programm.
 Anfang 7^{1/2} Uhr.

Zeltgarten.

Dr. H. Krainoth.
Gänzlich neue Spezialitäten.
 Anfang 7^{1/2} Uhr.

Schönes Brot

Dr. H. Krainoth.
 Anfang 7^{1/2} Uhr.

Grosser Räumungs-Verkauf

In sämtlichen Abteilungen meiner umfangreichen Lager
 bei einer Preisermässigung bis 50%

Wollstoffe

Seidenstoffe

Wiener Blusen

Kostüm-Röcke

Unterröcke

Auf sämtliche Frühjahrs-Neuheiten 10% Kassenrabatt.

N. Berger, Ring 50.

Volksvorstellung 1908/9

(Thalia-Theater).

XI. Vorstellung.

Sonntag, den 7. Februar,
 nachmittags 3^{1/2} Uhr:

Wilhelm Tell

von Schiller.

I. Rang 0.70, Parquet und Orchester 0.60, Balkon und Sperrsitze 0.50, III. Rang 0.20, Galerie 0.10 Mk.
 Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Geschäfts-Eröffnung!

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzugeben, daß ich am heutigen Tage die von Herrn
Bruno Leschnitz, Gräbchenstraße 31,
 innegehabte

Rohschlächterei

verbunden mit Erzeugung
ff. Fleisch- und Wurstwaren
 käuflich erworben habe, und bitte ich die hochgeehrte Kundenschaft um gütigen Zuspruch.
Adolf Schibinski,
 Rohschlächterei,
 Erzeugung feiner Fleisch- und Wurstwaren,
 Gräbchenstraße 31.

Gewinnbeteiligung.

Die Auszahlung der Gewinnanteile an die Beamten und Arbeiter nach § 54 der Arbeitsordnung findet am
Donnerstag, den 4. Februar, abends 6^{1/2} Uhr,
 in meinem Kontor, Siebenhufenstraße 66, statt.
 Alle Personen, die im Jahre 1908 bei mir gearbeitet haben, werden zu dieser Auszahlung und der vorangehenden Versammlung hiermit eingeladen.
 Breslau, den 1. Februar 1909.

Heinrich Freese.

Pramann's Erbswürst

— seit 40 Jahren die anerkannt beste —

in 5 Minuten

ein vorzügliches Gabelgericht.
 Kräftiger, wie jede Hausmaderwurst. — Ein Labial für Kinder.
 Man achte auf Pramann's Erbswürst!

Vorsicht!!

550) nur im zweiten Viertel vom Ringe
○○○ auf der Oder ○○○

Frage 5 befinden sich unsere Geschäftsräume, in welchen wir nachstehende Waren, weil unmodern, fehlerhaft, verkauft oder teilweise im Preise zurückgesetzt, zum Verkauf bringen.

3 Scheuerbürsten	10 Pfd.	1 Schwaber	18, 22 Pfd.
4 Waldbürsten	5 =	1 Reibstein	30, 55 =
3 Eiserklammern	20 =	1 Reibstein	5, 16 =
3 Reibklammern	10 =	1 Sandziegel	22, 30 =
6 Tassenbürsten	5 =	1 Teppichziegel	22, 28 =
1 Reibbürste	8 =	2 Reibsteine	15 =
1 Reibstein mit Reibring	14 =	1 Reibstein	18, 35 =
1 Reibstein	14 =	1 Reibstein	20, 35 =
1 Reibstein	10 =	1 Reibstein	48, 85 =

3 Stück Scheuertücher
 zusammen 25, 35, 50, 65, 80 Pfd.
London & Co., zweites Viertel, vom Ringe
 in der Oberstraße 5.

Mein **Inventur-fusverkauf**

dauert nur noch

kurze Zeit

und sind die Preise von

Paletots, Jaquettes, Costumes, Röcken, Kragen und Kindermänteln

nochmals teilweise bis unter

die Hälfte des ursprünglichen Preises herabgesetzt.

Leopold Bermann

Damen-Mäntel-Fabrik

Reuschestrasse 55, Parterre, 1. und 2. Etage.

Umsonst

50 neue Döll. mit Draht.
 25 Rollen u. Stühle u. 20
 Ein Stück, ab. für die 5 Gem.
 ff. Reibbürste ab. 10. 10.
 ff. Döll. ca. 55-60 Stück
 große M. Döll-Getränke
 in 20 2.55. 10. 10.
 E. Degeuer, Schwärzand-130.

Für die Nationen!

Wider die
 nationalistischen
 Hetzer!

Rede des Abgeordneten
Dr. Viktor Adler.

Preis 10 Pfg.

Buchhandlung
 „Volkswacht“.

Bergarbeiter-Kongr. II.

Berlin, 1. Februar.

Mit Spannung blickte zurzeit alle Sozialreformer in Deutschland auf den Bergarbeiterkongress in Berlin, auf dem sich die Bergarbeiter-Vertreter der verschiedensten Richtungen ansammeln sollten, um Stellung zu nehmen gegen die Verschärfung des Arbeiterrechts, wie sie den Kreis der Bergarbeiter und Bergbauarbeiter im Innern umschließt. Schon das äußerliche Bild des Kongresses läßt dessen Wichtigkeit erkennen. Die Zahl der Teilnehmer ist an sich nicht besonders stark. Der deutsche Bergarbeiterverband ist einschließlich des Vorstandes in einer Stärke von 108 Delegierten vertreten. Die polnische Bergarbeiterorganisation hat 17, der Ost- und Westpreussische Bergarbeiterverein der Bergarbeiter 7 und der polnische Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien 4 Vertreter entsandt. Dagegen fällt die große Zahl von Gästen auf, die sich längere oder kürzere Zeit im Kongresssaal aufhalten pflegen, und zwar bemerkt man unter ihnen Parlamentarier und Politiker der verschiedensten Parteien. Der Reichstag fällt während der Dauer des Bergarbeiterkongresses keine Sitzungen, so daß den Abgeordneten die Möglichkeit gegeben ist, dem Kongress beizuwohnen. So waren die sozialdemokratischen Abgeordneten selbstverständlich besonders stark vertreten, ist es doch in ihrer Linie ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die bergmännischen Wünsche ihrer Genossen entgegenwärt. Unter den Genossen waren die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten anwesend die Genossen Hengsbach, Robert Schmidt, Beck, Diez, Eichhorn und Albrecht; außerdem von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen die Genossen Ditzsch, Hagemann, Siebel und Feinert. Von Ost- und Westpreußen waren in einer Zahl von 17 Teilnehmern zu sehen, doch hat er bereits einen praktischen Schritt zur Vermittlung der Bergarbeiterforderungen getan, indem er im Ostpreussischen Landtage einen Antrag einbrachte, durch den der Bundesratsbevollmächtigte dieses Landes beauftragt wurde, im Bundesrat für die Schaffung eines Reichs-Berggesetzes einzutreten. Der Antrag ist auch einstimmig angenommen worden, wozu der Kongress mit Befriedigung Kenntnis nahm. Als Vertreter der General-Kommission der Gewerkschaften nimmt Genosse Leiten an den Verhandlungen teil. Aus dem bürgerlichen Lager verdient insbesondere die Anwesenheit des Abgeordneten Kaumann und des Deputierten Gothein Erwähnung.

Leider erzählt das Bild des Kongresses auch von der Uneinigkeit der deutschen Bergarbeiterschaft. Der christliche Verband ist durch den Selbstmord seiner Führer an dem Kongress nicht beteiligt. Der Sekretär dieses Verbandes, Landtagsabg. Imblich schied sich, Anfangs unerkannt auf die Galerie, um von dort aus den Beratungen zu folgen, an denen er ebenfalls hätte teilnehmen sollen wenn er nicht das edle Bewerbe des Dne nitzens zu dem seinigen gemacht hätte.

Dah die königlich preussische und die kaiserlich deutsche Regierung dem Kongress fern nachzusehen ist, findet seine natürliche Erklärung. hätten doch die Regierungskreise mit reinem Gewissen nicht dastehen können. Handelsminister von Delbriick hat auf die an ihn gerichtete Einladung wie folgt geantwortet:

„Auf die von dem Kongresskomitee an mich gerichtete Einladung, mich bei dem Anfangs Februar dieses Jahres in Berlin tagenden Bergarbeiterkongress durch Kommissare vertreten zu lassen, erwidere ich Ihnen, daß die auf der Tagesordnung des Kongresses gestellten Fragen: Einführung von Grubenkontrollen, Einführung eines Reichsberggesetzes und Verbot und Verfassung der Schwarzengeldsysteme und der dauernden Sperrten, wiederholt Gegenstand eingehender Verhandlungen des Deutschen Reichstages und des Preussischen Hauses der Abgeordneten gewesen sind. (In bezug insbesondere die Verhandlungen des Reichstages vom 4., 13., 24. und 25. November 1908 und die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten vom 20. und 21. November 1908.)

Außerdem habe ich Anlaß genommen, die Grundzüge einer in Vorbereitung befindlichen Novelle zum Allgemeinen Berggesetz in einer besonderen Konferenz mit Vertretern der Werksbesitzer, der Grubenbeamten und der Arbeiter zu erörtern, wobei insbesondere Arbeiter der verschiedenen Organisationen gehört worden sind.

Unter diesen Umständen vermag ich mir von einer amtlichen Beteiligung an dem erwähnten Bergarbeiterkongress einen besonderen Erfolg nicht zu versprechen und sehe deshalb von der Entsendung von Kommissaren ab.“

Sach demselben Wortlaut hatte auch die Antwort des Reichsausschusses des Innern. Besonders anmutig nimmt sich die Stelle aus dem ministeriellen Schreiben aus, wonach es eine besondere Konferenz mit Vertretern der Werksbesitzer, der Grubenbeamten und der Arbeiter stattgefunden haben soll. An jener Konferenz haben nämlich 45 Herren, darunter

ganze vier Anapyschafsstämme, teilgenommen; man hat sich also keineswegs etwa besondere Mühe gegeben, die Wünsche der Arbeiter kennen zu lernen.“

Doch die preussische Regierung hat wohl daran getan, auf dem Kongress nicht zu erscheinen. Was soll sie eigentlich auch dort? Ihrer Saumlosigkeit hat die Bergarbeiterschaft in der Hauptsache die ungeheure Opfer an Leben und Gesundheit zu verdanken, die bisher gebracht werden mußten. Die Bergleute sehen deshalb diese Regierung auch nicht mehr als einen Faktor an, auf den sie Hoffnungen setzen. Sie wollen eine reichsgesetzliche Regelung ihrer Verhältnisse und nur die Sünden dieser Regierung galt es auf dem Kongress zu sühnen.

Im übrigen zeigt das Kongressbarometer auf Sturm. Die schon der Referent zum ersten und wichtigsten Punkte der Tagesordnung Redakteur Polzorny vom alten Verbände deutlich hören, daß die Bergarbeiterschaft eventuell die Einführung von Grubenkontrollen erzwungen wird, die von den Arbeitern zu wählen und vom Staate zu bezahlen sind, so trat diese Entschlossenheit in der Diskussion nur um so stärker in Erscheinung.

Grauenhafte Bilder

Über die Zustände in den Gruben wurden an den Tag gezogen. Überall wüthet das Grubenkapital in brutaler Weise unter seinen Sklaven. Kein Bauholz, schlechte Wetterführung, schlechte Verriegelung, scharfe Antreiberei gegenüber den Beamten und durch die Beamten, das sind die Klagen, die aus Schlesien ebenso erschallen, wie aus Pommern und allen Provinzen, die dazwischen liegen. Die Zahl derer, die zerschlagen und verbrannt ihr Leben unter Tage anstauen, wächst von Jahr zu Jahr. Nun fordern die Bergarbeiter ihre Arbeits- und die Staatsregierungen zu Gericht. Und werden auch die bisherige Opfer nicht gekannt, so wird doch auf diesem oder jenem Wege und mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß auch das Leben des Bergmanns geschützt wird vor den kapitalistischen Profitsüßigkeiten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Februar.

Geschichtskalender.

3. Februar.

- 1809 Mendelssohn-Bartholdy, Komponist, *
- 1813 Aufbruch Friedrich Wilhelms III. „An mein Volk“ von Breslau aus.
- 1845 Ernst v. Wildenbruch, *
- 1899 Breslauer Blutvergieß: 53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis.

Die Gegner

und die Wahlrechtsdemonstrationen.

Die würdige „Schlesische Zeitung“, zu deren Fenstern am Sonntag die Hochrufe der Wahlrechtsdemonstranten am lautesten hinaufbrandeten, möchte am liebsten den Kopf in den Sand stecken und von all den Geschehnissen am Sonntag gar nichts wissen. Aber ganz konnte sie doch nicht völlig ignorieren, was die ganze Stadt beschäftigte, und so qualte sich irgend einer ihrer Mannen folgendes aus der Feder:

Die Sozialdemokraten hatten für den gestrigen Sonntag einen großen Demonstrationsausflug durch die Stadt geplant, um gegen den Reichstagsbeschluss und das preussische Landtagswahlrecht zu demonstrieren. Die Vorbereitungen waren ganz im geheimen getroffen worden, die Behörde erhielt aber vorzeitig Kenntnis davon, so daß sie den beabsichtigten Auszug verhindern konnte. Der Plan ging offenbar dahin, vor dem Rathaus sich zu versammeln und vom Ring aus einen Zug zu organisieren. Verschiedene „Genossen“ sammelten sich frühzeitig in Lokalen am Ring, um das zu verhindern, zum Teil geschlossen wurden, wie der Schweidnitzer- und der Stadthauskeller. Die Polizei besetzte den Ring und die Zugangsstraßen nach der inneren Stadt und drängte verschiedene sozialdemokratische Gruppen, die sich auf dem Ring anzuhäufelten, zu verstreuen und auf der Schweidnitzerstraße Hochrufe auszubringen, in die Seitenstraßen zurück und drückte sie aus dem Stadtbereich hinaus. Ein Teil zog nach dem Gewerkschaftshaus, wo für die Mittagsstunde eine Versammlung von Tabakarbeitern anberaumt war. Auf der Klosterstraße, dem direktesten Zugange zum Gewerkschaftshaus nach der inneren Stadt, machten sich die Sozialdemokraten wiederholt durch Gebüll bemerkbar. Dank der Aufmerksamkeit der Polizei ist die beabsichtigte Demonstration ins Wasser gefallen. Das Straßenbild bot infolge der starken Saugmannsaufgehobe, zu denen auch die Veritonen herangezogen wurden, und verschiedener Volkschaufen am Ring Mittagsstunde, namentlich in der Nähe des Ringes, ein verändertes Aussehen.

Dieses hilflose Verkleinerungsgeheimnis, über dessen Tendenz weiter nichts zu sagen ist, gewinnt nur deshalb an Interesse, weil es das Gegenteil von dem beweist, was es behauptet: daß man nämlich auf der Ursulinerstraße nur etwas lauten hörte, von der Art und den Vorbereitungen der Demonstration aber keine glatte Ahnung hatte! Das rasilose Verhalten der Polizei auf dem Ringe zeigte das zur Genüge.

Auch das Dehkleblatt bringt einen Bericht, der nichts als eine Zusammenstellung unrichtiger Behauptungen ist. Man lese:

Eine große Demonstration gegen die drohende neue Steuerbelastung und gegen das veraltete „Preussenvahlrecht“ haben am Sonntag Mittag die hiesigen Sozialdemokraten inszeniert. Als um die Mittagsstunde viele Hunderte von „Genossen“ und „Genossinnen“ nach dem Ringe zu strömten, fanden sie dessen sämtliche Straßenzugänge bereits von einem dicken Polizeilordon abgeperrt, auch patrouillierten besitzene Polizeimannschaften und Schutzleute zu Fuß die benachbarten Handflächen der Stadt ab. Vorläufigerhand war auch das gesamte Militär der Garnison in den Kasernen konzentriert worden, und je eine Kompanie stand marschbereit. Der Schweidnitzer und der Stadthauskeller waren polizeilich geschlossen und die Straßensperren vor dem Eingange zu ersterem für die Dauer der polizeilichen Sperre an das Ende des Ringes verlegt. Die Demonstranten zogen unter dem Rufe: „Hoch das freie Wahlrecht für Preußen!“ „Nieder mit Altkom!“ durch die Schweidnitzer-, Ohlauer- und die Klosterstraße nach dem Gewerkschaftshaus, wo sich der Zug aufstellte. Von dem Verstreuen des Ringes wurden die Massen gewaltsam ferngehalten. In einem Einschreiten der Polizei und zu Sicherungen ist es nur in vereinzelten Fällen gelungen. Nach vor 1 Uhr Mittags hatte die Demonstration ihr Ende erreicht, und das Straßenbild der Stadt nahm, da auch das Polizeilager zurückgezogen und die gesperrten Gastwirtschaften am Ring wieder geöffnet wurden, nach und nach sein gewöhnliches sonntägliches Aussehen an.

Und last not least: der Polizeibericht! Er klingt sanft und väterlich, fast wie ein milder Wibelplatz und nicht wie ein Rapport der tatsächlichen Ereignisse, die infolge des Eingreifens der Polizei teilweise so empörenden Charakter annahmen:

„Die sozialdemokratische Wahlrechts-Demonstration am Sonntag verlief durchaus friedlich; wenn im ganzen 19 Teilnehmer polizeilich festgehalten wurden, so geschah dies auf Grund persönlicher Verschuldens der Einzelnen, ein Einschreiten gegen die Menge der Demonstranten erübrigte sich. Die Teilnehmer an dem Auszug hatten sich vereinzelt auf der Schweidnitzerstraße eingefunden, und gegen 12 Uhr versuchten sie gemeinschaftlich nach dem Ringe zu gelangen. Eine Abteilung Schutzleute verlegte ihnen den Weg und drängte die Menge zurück; ebenso wurde dieser ein Umarmen nach dem Schweidnitzer Stadigraben verweigert, so daß die Demonstranten genötigt waren, durch die Zwingerstraße um die Summerei abzuziehen. Sie sammelten sich wieder auf dem Christophoriplatz und zogen durch die Ohlauer- und Klosterstraße nach dem Gewerkschaftshaus, wo eine Versammlung abgehalten wurde. Auf dem Rückwege wurden die in Gruppen zurückkehrenden Teilnehmer der Versammlung auch nicht ins Innere der Stadt hineingelassen, sondern mußten durch die äußeren Stadtteile heimwärts wandern. Auch die 19 festgenommenen Personen sind nach ihrer Vernehmung wieder freigelassen worden. Die Menge der Teilnehmer an dem Auszuge verhielt sich durchaus ruhig, nur Einzelne ließen sich hören und wieder einen Ruf, wie „Nieder mit Altkom!“ erschallen und stimmten ein sozialdemokratisches Lied an.“

Ganz richtig, die Wahlrechtsdemonstration verlief „durchaus friedlich“. Warum aber versuchten so viele Polizeikräfte, gerade den Frieden dieser Willenskundgebung der Breslauer Arbeiterschaft zu stören? Und warum ritten auf dem Christophoriplatz, am Eingange der Klosterstraße die Veritonen blindlings in die wehrlose Menge hinein, von der hier im Polizeibericht ausdrücklich gesagt wird, daß sich gegen sie ein Einschreiten erübrigte? Indirekt haben wir also jetzt die offizielle Bestätigung, daß die Beamten teilweise willkürlich und grundlos eingeschritten sind! Das merken wir uns vor!

Die bewundernde Anerkennung des Polizeiberichts, daß nur Einzelne hin und wieder Hochrufe ertönen ließen

Thalia-Theater.

Die versunkene Glocke.

Märchen drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Genau, wo Gerhart Hauptmann noch mitten im dichterischen Schaffen steht, ist es kaum möglich, die tieferen Gründe jener schaffenden Widersprüche aufzudecken, die in dem bisherigen Lebenswerk des Dichters fließen. Sieht man von seinem frühesten Werke, dem lyrischen Epos „Promethidenos“ ab, so er zuerst mit steigender Fülle ins Lager des Naturalismus über und schuf in dieser Epoche Stücke voll feiner psychologischer Zustandsbeschreibung, oft das herrlichste System, die Not der Arbeitenden in würdevoller Anlage bloßlegend. „Vor Sonnenaufgang“, „Die Weber“, „Einsame Menschen“, „College Crampton“, „Der Fibelweber“ geben eindringliche Kunde von diesen Jahren. Da aber habe sich allmählich ein mythisches Element seinen Weg in des Dichters Schaffen. Mit religiösen Stimmungen umwoben, lebte es schon 1893 in „Samuels Sinnenfabrik“, am schließlichen 1896 in der „Versunkenen Glocke“ zum reinsten Ausdruck zu gelangen. Die Aufnahme aller späteren Werke — den „Fuhrmann Henschel“ mit unbegriffen — halte nie wieder etwas von dem Entschlusse, mit dem man damals diese poetisch-romantische Dichtung begriffte, und der noch heute bei — gemachten zureichender Darstellung ausgeht wird.

Was wir man nicht alles schon in die „Versunkene Glocke“ hineingeheimnigt! Bald sah man in dem unglückseligen Meister Heinrich nichts anderes als ein Spiegelbild Hauptmanns selbst, der sich damals, nach dem niederschmetternden Mißerfolge des „Florian Geyer“, im Grimm gegen die Persönlichkeitslosigkeit sein Leid von der Seele schreiben wollte; bald war es der Widerstreit zwischen dem ungebändigten Freiheitsdrang des schaffenden Künstlers und der einschneidenden Pflicht, der Konflikt zwischen dem Willen und Vollbringen. In der Tat, die Worte der alten Wittichen im 5. Akte, daß Heinrich wohl zu den Berufenen aber nicht zu den Auserwählten gehöre, scheinen die Absichten Hauptmanns an der Wurzel zu fassen.

Diese Dinge aber mögen hier beiseite bleiben. Denn wir brauchen nicht zu verstehen: Nicht die Seelenanalyse des Mordengiebers Heinrich stehen im Mittelpunkt jenes romantischen Jauers, der uns beim Anhören des Werkes immer wieder überkommt. Das sind vielmehr jene Szenen, wo der Dichter das geheimnisvolle Treiben der Bergarbeiter schildert und sie mit

ihrer frohen Sinnlichkeit im Gegensatz stellt zu den schwerblütigen und feindseligen Menschen, wo er die Schluchten und Höhen des Riesengebirges in Märchenstimmung taucht und die Welt des Lebens, leichtflüchtige Eifen, diehüchliche Wasserfluten und bodsbeinige Faune in formensöhner Poesie lebendig werden läßt. Das funenbetäubende Rautendelein, das schließlich im tiefen Stummengrunde auf grünem Thron als Gattin des Mordengiebers Nickelmann sitzt, der hochhaft töwische Waldschrat, die alle, im schließlichen Dialekt redende Hege Wittichen, die mit allen möglichen Fabelwesen verflochten ist — das sind die Gestalten, die diesem Werke allein das Leben geben.

Seit dem Fortgange der Frau Vellingger-Wendt hat Breslau wohl kaum ein so ideales Rautendelein besessen, als es Fräulein Jaud am Sonntag darstellte. Das war in der Tat ein „Abtisches Wesen“, wie es der Dichter bezeichnet. Es mußte die geschmeidigen Glieder berückend zu behnen und fand für alle Gefühleregungen der Waldnixe die rechten Töne. Der Mordengießer Heinrich des Herrn Sloba — es ist eine schwärzige, nicht stets dankbare Rolle — konnte versenkten Anprügen genügen. Aber während die übrigen Künstler wenigstens nichts verdarben und der Rautemann des Herrn Lion sogar recht wacker stöhnte und achzte, machte Herr Schmitt aus dem jhrntsch-frechen Waldschrat einen hölzernen, tölpelhaften Gefellen, der mit bewundernswürdigem Geschick alle Potenzen zu Lobe schreite.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

In dem Wettbewerb um ein 25-Pfennigstück, den der Reichsgeschichtskreis Sydow ausgeschrieben hat, sind über 500 Entwürfe eingeleistet worden. Diese außerordentlich starke Beteiligung entspricht, nach einer Rundgebung des Kunstreberverbandes deutscher Bildhauer, in der neuesten Nummer der „Werkstatt der Kunst“ nicht der Kleinheit der künstlerischen Aufgabe, worauf übrigens der erwähnte Künstlerverband schon früher warnend hingewiesen hat. Der künstlerischen Betätigung war nur ein sehr geringer Spielraum gelassen worden, da die Anbringung des Adlers usw. bis ins Detail genau vorgezeichnet wurde. Insbesondere war es aber eine Bedingung, die den Wettbewerb nicht für eine allgemeine Ausschreibung geeignet erscheinen ließ. Es wurde nämlich verlangt, die Entwürfe gleich in der Mäusgröße von 23 Millimetern

Durchmesser einzuleisten. Die Befähigung, in so kleinen Dimensionen zu modellieren, besitzen nur ganz wenig deutsche Künstler, und nur diese hätte man zu einem engeren Wettbewerb einladen dürfen.

Alle übrigen Bewerber waren genötigt, ihre Entwürfe in größeren Dimensionen anzufertigen und dann erst auf mechanischem Wege in die Mäusgröße verkleinern zu lassen. Die Verkleinerung kostet für jede Münzgröße 100 Mark, so daß der weitestgehende Teil der Bewerber für jeden Entwurf 200 Mark bare Selbstkosten hat. Rechnet man die Anwendung an Arbeitskraft und Zeit überhaupt nicht, sondern nur diese 200 Mark bare Ausgaben, so kommt man schon zu dem Resultat, daß die deutsche Künstlerchaft für diesen Wettbewerb 500 mal 200 Mark, also 100.000 Mark verauslagten mußte, damit drei Bewerber insgesamt 4000 Mark gewinnen! Bei einem so ungeheuren Mißverhältnis von Preisen und Bewerberausgaben sollte es sich besonders eine Reichsbehörde dreimal überlegen, bevor sie einen allgemeinen Wettbewerb ausschreibt.

Der erste Hafen für Luftschiffe. Amerika wird ihn natürlich haben, und zwar plant ihn die „Kasthol-Verwaltung von Briarcliff Lodge bei Briarcliff Manor 50 Kilometer von New York. Auf dem Dache des neuen Gasthofes soll nach dem „Philadelphia North American“ eine Plattform für die Anfuhr und Abfuhr von Luftschiffen mit einem Kostenaufwand von 120.000 Mk. eingerichtet werden. Der Plan ist von dem Architekten Gui King aus Philadelphia, der Briarcliff Lodge entworfen hat, ausgearbeitet. Die Plattform wird die ganze Dachfläche einnehmen und das Abfahrtsfeld mit geeigneter Neigung über die 105 Meter betragende Länge des Gebäudes auf einer Neigung noch etwas hinausreichen. Auf einer Seite werden große Hallen zur Aufnahme der Luftschiffe liegen. Für die Anfuhr bei Nacht sollen abgeblendete Lichter, die keine Aufmerksamkeiten hervorrufen können, angeordnet werden, ein starkes, gerade aufwärts strahlendes Licht wird den Fliegern aus weiterer Ferne als Ziel dienen.

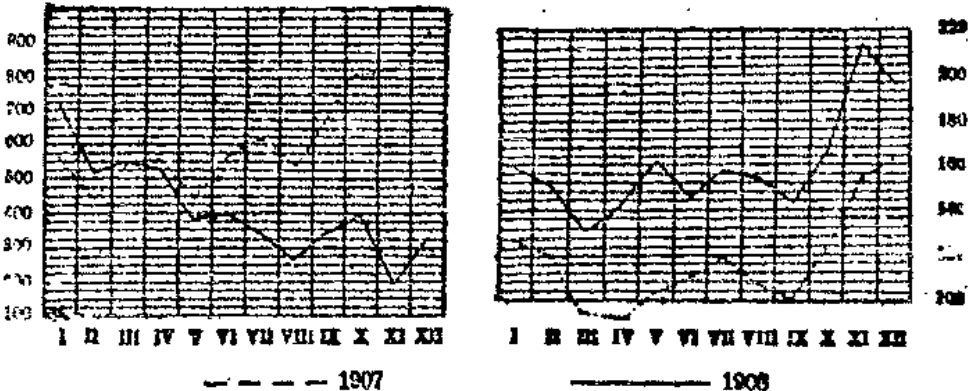
Tages-Zeichner.

Das Erdbeben in Marocko. Gestern wurden einige Einzelheiten über die Vernichtung des Dorfes Agmat bei Tetuan bekannt. Das Erdbeben wurde angekündigt durch ein unterirdisches Krachen. Die Erschütterung erfolgte Nacht, und die Bewohner waren so überrascht, daß sie die Nacht verbrachten. Sie versammelten sich, um

Ein Bild des deutschen Wirtschaftsjahres 1908.

Ein Bild des deutschen Wirtschaftsjahres 1908 entwerfen in anschaulicher Weise die Kestellen der Kaufmannschaft von Berlin in dem soeben im Verlag von Georg Reimer, Berlin, erschienenen neuesten Jahrgang ihres „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“.

Kurventafel I. Kurventafel II. Anschlag an den deutschen Arbeitsnachweiser, Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen.



Aus „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“, Bericht der Kestellen der Kaufmannschaft von Berlin (Verlag von Georg Reimer), Jahrgang 1908.

Die Summen, welche die Industrie von Monat zu Monat der Reichsbank entnimmt, sind im allgemeinen ein Gradmesser für die Lebhaftigkeit, mit der neue Unternehmungen gegründet, ältere erweitert werden.

* Unfall mit Todesausgang. Am 29. d. Mts. starb der Stellenbesitzer Sohn Gustav Taube auf der Schönhaferstraße während der Fahrt von seinem mit Dünger beladenen Wagen und zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er einige Minuten später starb.

und im Dies ankommenden, Schmiedelt uns ja gang außerordentlich. Wir haben große Lust, sie zurückzugeben: „Die Menge der Polizisten verhielt sich durchaus ruhig.

Von der übrigen Breslauer Presse ist nicht viel zu sagen. Während diesmal der „General-Anzeiger“ einen einigermaßen ausführlichen und objektiven Bericht bringt, der der Bedeutung der Demonstrationen ziemlich gerecht wird, schreibt die „Schlesische Volkszeitung“ kurz, lägerlich und gehässig:

Während war während der Mittagsstunde das Bild in einzelnen Straßen Breslavs, besonders der Obbaustraße, insofern etwas geändert, als eine große Menschenmasse durch sie flüchtete, aus deren Mitte doch nur auf das allgemeine Wahrheitsritzen.

Was sind edie „Wahlrechtskämpfer“, die Zentrumskräfte? Noch ein Wort zur „Gegendemonstration“ der Sportsleute vom Eislaufverein an der Liebknechtstraße.

Wie eine Kommunal-Wählerliste nicht berichtigt werden darf.

(Ungültig-Erklärung einer Stadtverordnetenwahl.)

In Kamen waren am 14. November 1907 der Betriebsinspektor Buchmann und der Schneidermeister Peters zu Stadtverordneten in der 3. Abteilung gewählt worden.

* Die Breslauer Postunterbeamten auf dem Kriegspfade. Am Montag hielt der Breslauer Bezirksverein des Verbandes der Post- und Telegraphen-Beamten des Deutschen Reichs

des im „Deutschen Kaiser“ seine erste Versammlung ab. Der Vorsitzende, Oberpostkammersekretär, eröffnete die Versammlung mit einem Kollerchob wannach „Hell Dir im Siegerfranz“ gesungen wurde.

„Die heute, den 1. Februar, im Deutschen Kaiser“ versammelter 1000 Breslauer Unterbeamten bitten Seine Erzeleung den Staatssekretär, dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Breslau in die Wohnungsgeldzuschußklasse Ia eingereiht wird und verbleibt.“

Hierauf legte der Vorsitzende der Versammlung eine Petition des Verbandsvorstandes zur Begünstigung vor, die alle Schäden der Unterbeamten illustriert und vor allen Dingen die Unzulänglichkeit der Gehaltskala beweisen soll.

Der vierten Punkt der Tagesordnung bildeten eine Reihe Wünsche des Vereins, daß darauf Rücksicht genommen werden müsse, die Beamten an den Orten zu lassen, an denen sie groß geworden seien.

Hierauf gab der Vorsitzende noch einen Artikel bekannt, der in dem Organ des Oberpostkammersekretär-Verbandes gegen die Gründung des Breslauer Bezirksvereins in der schärfsten und gewöhnlichsten Weise losgelassen worden ist.

die Grabe des Himmels für die Ungläubigen, die nach ihrer Ansicht an dem Unheil die Schuld tragen, auszuführen. Es wurden sie durch den furchtbarsten Erdbeben überrascht, der den varen Berg spaltete.

Die unerschütterliche auf der Kreis-Wahl bez. Gerichte. Die großen Beamtensammlungen auf der Kreis-Wahl bez. Gerichte haben den Schwereveracht in Kiel zur Verhandlung.

Unterwies und Bier. Ein englischer Fall wird demnach die Pariser Gerichte beschäftigen. Dort stellte sich der Doktor

von ihnen tödlich. Das Unglück ist durch schlagende Wetter verursacht worden.

Die Ursache der Einstürze im Reichthaler Tunnel, die im vorigen Jahre so viele Verletzungen verursachten, ist jetzt endlich ermittelt worden.

Offiziersdiner mit tödlichem Ausgang. Im Stadtwald bei Frankfurt a. M. auf den Schießständen des 81. Infanterie-Regiments.

170 Personen verbrannt. Wie aus London vom 1. Februar bekannt wird, griffte eine Feuerbrunst die Flotte der Dampfschiffe.

Ein Dietrichsfeuer in Brand. In der Lottienham Street in London nach neuesten Nachrichten ein Feuer aus, das die Feuerwehr des Hauses in tiefster Sphäre übernahm.

Ein erschütterndes Bootunglück ereignete sich auf dem Meer am 27. d. Mts. in der Gegend von Brest.

Die begrabene Kindesbestattung. Ein Halbwaise wird erschossen: Der König hat über aus Wacker, die vor fünf Jahren vom Schwereveracht in Vöcklabruck

später, als sie mit ihrem Kinde zu ihm Zuflucht nehmen wollte, von ihm verstoßen. In ihrer Verzweiflung fuhr sie nach Kremsden und warf das Kind in den Bahnhofsbohr.

Brand in einem böhmischen Eisenwerk. Nach einem Telegramm aus Prag ist im ehemaligen Fürst Janowischen Eisenwerk „Komors“, dessen jetziger Inhaber Böhld heißt, eine Feuerbrunst die Abteilung ein, in der Geschosse für die österreichische Grenzverwaltung hergestellt werden.

Ein norwegische Brigg gestrandet. Aus Slaoren wird gemeldet: Die norwegische Brigg „Ester“ ist vorgestern Nacht bei Slagen gestrandet.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 17. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Weillina und Proudhon. — Die Arbeiterbewegung in Australien.

Breslau als zurückgebliebene Großstadt.

Das Thema wird wieder aufgeführt. Und zwar durch die Berliner Volkszeitung, die den Lokalpatrioten einige Bemerkungen in den Wochen der Freude träufelt. Die „Volkszeitung“ polemisiert gegen das „Breslauer Gemeindefest“, das gemeldet wurde, Breslau habe jetzt eine halbe Million Einwohner und werde „nur von Berlin, Hamburg, München, Dresden und Leipzig übertrifft“. Die „Volkszeitung“ meint, anstatt „nur“ müsse es „schon“ heißen und fährt dann fort:

„Dass Breslau zu Beginn des Jahres 1909 erst eine halbe Million Einwohner zählt, beweist, dass die seit fast zwei Jahrhunderten zu den großen deutschen Städten zählende Hauptstadt Schlesiens sich erheblich langsamer vergrößert hat als so und so viele ihrer deutschen Wettbewerber. Das verhältnismäßig langsame Wachstum Breslaus ist ein augenfälliger Beweis für die rasche Entwicklung des Westens gegenüber dem Osten; eine deutliche Kennzeichnung der Ungleichheit und wirtschaftlichen Verhältnisse, unter der Preußens Osten seit Jahren zu leiden hat.“

Im Jahre 1871 habe Breslau unter den 8 Städten mit über 100.000 Einwohnern einen stolzen Rang eingenommen: „Es war Hamburg hart auf den Fersen, und es dürfte, wenn das Geschick ihm hold war, hoffen, die Hansestadt zu überholen. Der Gang der Entwicklung war aber anders. Noch bei der Zählung von 1890 konnte Breslau den zweiten, beziehungsweise dritten Platz besetzen. Dann aber, 1895, wurde es von München und Leipzig, die im Reiche an die dritte, beziehungsweise vierte Stelle rüdten, überflügelt. Zehn Jahre später, 1905, wurde Breslau auch von Dresden geschlagen und vom fünften auf den sechsten Platz zurückgedrängt. Und sehr fraglich ist es, ob es sich auf diesem noch lange wird behaupten können. Am 1. Dezember 1905 hatte Breslau 470.018 Einwohner, und Köln zählte 427.944. Das Wachstum der Großstadt am Rhein vollzieht sich schon seit Jahrzehnten rascher als das der Großstadt an der Oder. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Breslau in einigen Jahren den sechsten Platz bei der nächsten Volkszählung 1910 von Köln überholt sein. Dann wird Breslau im Reiche den siebenten und in Preußen den dritten Platz einnehmen.“

Die Vergleiche mit der schlesischen Hauptstadt auf seine halbe Million Einwohner bilden darf, ist also nicht unbedingt, sondern nur verhältnismäßig. Schlesien ist räumlich die größte Provinz des preussischen Staates, sie war früher auch die volkreichste. Seit 1880 aber ist sie in dieser Beziehung von der Rheinprovinz überholt. 1880 gab es dort nur etwa 70.000 Einwohner mehr als in Schlesien, jetzt beträgt der Vorsprung fast anderthalb Millionen. Wenn nun binnen kurzem auch der Hauptort der Rheinprovinz die Hauptstadt Schlesiens an Bevölkerung übertrifft, so ist das nur natürlich. Immerhin kann sich Breslau damit trösten, dass ihm seine politische Lage nicht so verhängnisvoll geworden ist wie anderen großen, in derselben Himmelsrichtung gelegenen Städten Preußens, wie Königsberg zum Beispiel.

Alle diese Erscheinungen führen eindringlich, wie sehr der industrielle Osten unter den wirtschaftlichen Verhältnissen und der reaktionären Politik, die an diesen Verhältnissen schuld ist, leidet. Ein Vergleich des Wachstums Breslaus und Königsbergs mit dem einer Anzahl von Städten des Westens und ein Vergleich der Bevölkerungszunahme Schlesiens und Ostpreußens mit der Westfalens und der Rheinprovinz zeigt den Unterschied zwischen der Wirtschaftspolitik eines Gebietes, die in den Worten ausgesprochen: „Wenn wir nicht Güter exportieren können, exportieren wir Menschen!“ und der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die als letzten Schluss der Weisheit des preussischen Finanzministers die gewöhnliche Bemerkung hat: „Wem es bei uns nicht gefällt, der kann ja auswandern!“

Gleichwohl, die Regierenden in Preußen haben es herrlich weit gebracht.“

Leider hat das demokratische Blatt völlig recht mit seinen Vergleichen, weshalb die Lokalpatrioten wohl auch davon Abstand nehmen werden, über den Artikel kammegießende Entlastungsflüme zu produzieren.

*** Der Vortrags-Kursus über Arbeiter-Versicherung**, den das Breslauer Gewerkschaftskomitee veranstaltet, bringt Freitag, den 5. Februar, ein Referat des Genossen Peterhansel über das Kranken-Versicherungsgesetz. Obwohl dieses Gesetz zuerst eingeführt wurde, besteht doch noch recht viel Unkenntnis über seine wichtigsten Bestimmungen. Wer deshalb die nötige Zeit besitzt, besuche den nächsten Vortrags-Abend. Alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen und Genossinnen sind dringend eingeladen. Die Vorträge finden im Gewerkschaftshaus statt; ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

*** Von einem Prozeß „mit sozialistenfeindlichem Hintergrunde“**, der von Herrn Arthur Blumenthal gegen den Ingenieur Max Grempe wird, war dieser Tage in der „Volksmacht“ die Rede. Wie uns der eine Prozeßbeiliegte, Herr Blumenthal, dazu mitteilt, kann von einem politischen Hintergrunde bei seiner Streitfrage gar keine Rede sein, er habe nie daran gedacht, sich „sozialisten feindlich“ zu betätigen oder zu äußern. Die Differenzen über, wie die Verhandlung „ergehen wird, nur daher, daß Herr Blumenthal seinem Verbände Gelder erhalten wollte, die bisher für Bewaltungsausgaben an Herrn Grempe abgegeben wurden. Mit Politik hat die Sache gar nichts zu tun.

*** Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands**, Jahrestelle Breslau. Genosse Schiller hielt einen Vortrag über folgendes Thema: „Sittliches Denken bis zur Entstehung des Christentums“, der mit Beifall aufgenommen wurde. Es folgten die Kassten- und Stellenvermittlungs-Beichte vom 4. Quartal. An Arbeitslosen-Unterstützungen wurden 61750 Mk. (voriges Quartal 598 Mk.) für Arbeitsunfähigkeit 54 Mk. ausbezahlt. In 8 Monaten waren 81 Kollegen 1219 Tage arbeitslos; darunter bis zu 10 Tagen 46 Kollegen, bis zu 30 Tagen 23 Kollegen, bis zu 40 Tagen 9 Kollegen, bis zu 80 Tagen 3 Kollegen ohne Beschäftigung, davon waren 44 Kollegen verheiratet und 37 Kollegen ledig. Am Ende des 4. Quartals war der Bestand 21 Mitglieder. Diese Statistik beweist abermals, mit welcher großen Arbeitslosigkeit die Bildhauer zu rechnen haben, indem Eltern und Vormünder, welche für das spätere Fortkommen ihrer Kinder und Minder veramtlich sind, daraus eine Lehre ziehen, ehe sie ihre so billigen dem Punktschmerz aufwachen. Dem Verwalter, sowie dem Obmann der Stellenvermittlung wird Decharge erteilt. Kollege Stendel als Vorsitzender gibt den Jahresbericht des Vorstandes. Unter Neuwahlen wird Koll. Stendel als erster, Koll. Wittwa als zweiter Vorsitzender wiedergewählt, ebenso K. Langer als Verwalter und Koll. Franke als erster Schriftführer, Kollege Krenzl, zweiter Schriftführer. Dem Bibliothekar erfolgte Wiederwahl des Koll. Fischer, hingegen gewählt wurde Kollege Franke. Kartelldelegierter V. Wittwa.

*** Die Gesellschaft für soziale Reform (Orbisgruppe Breslau)**, hält am Donnerstag, den 4. Februar, seine General-Versammlung im Hause der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, Matthäuskunst 4/6, ab. Im Anschluß daran wird um 7/9 Uhr Syndikus Dr. Meißner einen Vortrag über die „Einheitlichkeit der Arbeiter-Versicherung“ mit anschließender Diskussion halten, wozu Gäste willkommen sind.

*** Achtung, Parkettler!** Die Versammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 4. Februar, Abends 7/9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3 und 4, statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Parkettlerkonferenz, 2. Kartelldelegierter.

*** Gegen die Sonntags-Beerdigungen.** Die Abteilung Beerdigungspersonal des Zentralverbandes der Christlichen Staats- und Gemeindefriedhöfe hielt am Montag im Pariser Garten eine Versammlung ab, die sich mit der Sonntagsruhe im Beerdigungswesen und der sozialen Fürsorge für die darin Beschäftigten befahte. Das Referat hatte der Verbandsvorstand Herr Neumann aus Berlin. An der Versammlung nahmen Vertreter des Schlesiens Konfessionsrats, der Stadtverwaltung und die Geistlichen verschiedener Kirchen-Gemeinden teil. Wie Herr Neumann mitteilte, war auch der Kirchenrat ersucht worden, einen Vertreter zu entsenden. Die Mitte wurde abgelehnt, da den viel beschäftigten Geistlichen nicht zugemutet werden könne, noch Versammlungen zu besuchen. In seinem Referat führte Herr Neumann aus, daß der Verband auf christlich-sozialer Grundlage stehe. Für die gewerblichen Arbeiter sei vom Staat schon viel getan worden, die Arbeiter erlernen das auch dankbar an, aber für die Angehörigen im Beerdigungswesen sei noch nichts geschehen. Während alle gewerblichen Arbeiter soziale Fürsorge genießen, ihre Sonntagsruhe haben und arge Betriebs-Unfälle verzeichnen, habe das Beerdigungs-Personal ganz außerhalb dieser gesetzlichen Wohltaten. Ja, der Friedhofsangehörige habe nicht einmal das Recht, das Gewerbeamt in kritischen Fällen anzufragen, da ja die Beerdigungen den Kirchen unterstehen und diese selbstständig kein Gewerbe betreiben. Die Friedhofsangehörigen wären der Betriebsgefahr ebenso ausgesetzt, wie alle anderen Arbeiter-Kategorien und deshalb wäre es Pflicht, auf sie die gewerbliche Unfallversicherung auszu dehnen. Gewiß versichern die Kirchenbehörden die Arbeiter, aber das sei doch nur eine halbtägliche Versicherung, die Arbeiter hätten danach nur ein Recht auf Rente, wenn der Kirche eine Schuld an dem Unfall nachgewiesen werden kann. Das sei eine ungenügende Fürsorge, mit der der Arbeiter nicht zufrieden sein könne. Eine gleich berechtigte Forderung sei die der Sonntagsruhe für das Friedhofspersonal. Man wolle dagegen ein, es sei unmöglich, die Beerdigungen ausfallen zu lassen. Nichts sei unmöglich, bei gutem Willen arbeite alles. In Berlin hätte die Bewegung es durchgesetzt, daß 26 Gemeinden am Sonntag keine Beerdigungen vornehmen, oder nur bis Mittag 1 Uhr. Was in Berlin und anderen Städten möglich sei, sei in Breslau nicht unmöglich. Es sind diejenigen Gemeinden, in denen die ärmste Bevölkerung wohnt, während die Gemeinden mit den reichen Einwohnern die hartnäckigsten Gegner sein. Auch die Einschränkung der Beerdigungen am Sonntag sei von erheblicher Wichtigkeit; die Götter, die gewöhnlich nach jeder Beerdigung erfolgen, haben in Berlin aufgehört, während die Gastwirte natürlich ungehalten sind. Auch der Kampf der Beerdigungsbeiratsmitglieder wurde, wurde allmählich schwächer. Es werde als Gegenmaßnahme angelehnt, daß der Arbeiter einen halben Tag Ruhe, wenn er Wochentags an einer Beerdigung teilnehme. In der Diskussion sprachen ausschließlich Geistliche. Pastor prim Krenzel zeigte sich darüber ungehalten, daß der Referent über mehr soziale Fürsorge für die Friedhofsangehörigen gesprochen. Die Kirchen-Gemeindevorstände setzten dafür, daß ein verum Müller Arbeiter keine Rente erhält. Im übrigen erklärte er sich für die Sonntagsruhe; was in seinen Predigen stehe, wolle er in seiner (Säcular-) Gemeinde tun. Doch verkenne er nicht die großen Schwierigkeiten. Von Herrn Kircheninspektor Decke wurde angelehnt, daß es in Breslau gerade die ärmere Bevölkerung sei, die am Sonntag beerdigt werde. Die übrigen Arbeiter waren alle mit der einmütigen Sonntagsruhe einverstanden. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Beerdigung erklärt, daß die Wünsche der Arbeiter im Beerdigungswesen auf Sonntagsruhe berechtigt sind, sie beauftragt die Leitung der Beerdigung, an alle Gemeindevorstände und Vorstände, sowie die Stadtverwaltung die Bitte zu richten, die Sonntagsbeerdigungen zu befristigen oder als im Ueberdang am 1-2 Stunden des Vormittags zu beschränken. Es wurde alsdann noch eine zweite Resolution gefaßt, die sich an die Reichsregierung und Bundesrat wendet, um die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Friedhofsangehörigen zu erreichen. Diese Resolution wurde nur unter den anwesenden Arbeitern abgestimmt.

*** Liebichs Stabliement.** In dem neuen Februar-Programm, das sich gestern vor einem beifallsreichen Publikum entrollte, überwiegt ein vorzeigendes, parodistisches Element. Es zeugt von der Abkehr vom dornigen Potential, von dem allmächtigen Verdrängen der musikalischen Realitäten, und erobert für die Varietébühne eine Kunst, deren psychologische Wirkungen nirgends besser als hier zur Geltung kommen können. Unter diesen Gesichtspunkten müssen zunächst die Eigenheiten „Les Gignac“ erwähnt werden. Was hier der junge Franzose an parodistischer Mimik und an musikalischer Imitation in seinen Szenen, vor allem als verschämtes Mädchen lesiert, lobt allein schon einen Abend bei Liebich. Nicht minder vorzüglich ist der Musical-Clown Jerry Corweh in seiner drohigen Manier und die Nachtigallen-Imitation der Vermane Brothers. Ja, auch Robert Steidl, dem man gestern Abend nicht immer mit Berechtigung fürwärtigen Beifall spendete, gestiel am besten, wenn er humoristisch-satirische Lieder anschlug, wie in seinem Frenkel-Lied wider die Bestimften. Einige der neuen Refrains, die er mitbrachte, werden wohl bald überall in Breslau zu hören sein. Die komischen Rednerin Stella Ling und Rebelle, die Kaulenjongleure Mowatts, die Gondoliergeure der Geo Gaertner-Truppe betrafen die Atrobit und die manuelle Geschicklichkeit, — jede Nummer in ihrer Art vorzüglich. Und dann das rein musikalische: der Kunstpfeifer Guido Galanti und das Bergeres-Quartett der Mme. Emmy Johnson. Auch diese Darbietungen büßen sich großen Beifalls erfreuen. Der Rezitator Hermann Flint, der selbstverfaßte Sachen vortrug, hatte ebenfalls einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen. Aber er wird sich wohl selbst nicht darüber täuschen, daß der Beifall, den man hier „Ephobe“ aus dem deutsch-französischen „Artage“ spendete, weder einer besonders originellen Pointe, noch der Dramatik seines Vortrags galt, sondern den Hauptmusikalischen Instinkten entsprang, die sie bei einem Teil des Premierpublikums entfachte.

*** Die städtische Straßenbahn** hat im Monat Januar 1909 eine Einnahme von 3760,82 Mk. zu verzeichnen gehabt. Das ist gegen den Ertrag im Monat Januar vorigen Jahres ein Mehr von 1148,77 Mk.

*** Gesperri** wird wegen Baues einer neuen Oberseilmauer die Straße „Am Chaussee“ gegenüber den Grundstücken Nr. 27-33 in der Zeit vom März bis zum 31. Juli d. J. für Fuhrwerk und Reiter halbfreig.

*** Verbandsbuch verloren.** Am Sonntag, den 31. Januar, wurde auf dem Wege vom Zentralbahnhof bis Bräunerplatz ein Mitgliedsbuch des Schuhmacherverbandes auf den Namen Karl Röder, Nummer 18048, verloren. Der Finder wird gebeten, es im Bureau, Berlinplatz 4, abzugeben.

*** Diebstahl zur Schadloshaltung.** Ein Schmied aus der Obolauer Vorstadt, dem ein Invalide aus derselben Gegend Geld schuldet, das der Verleiher nicht zurückhalten konnte, erlitten eines Tages in der Wohnung des Schuldners, und als er hörte, daß dieser nicht anwesend, sondern nur dessen Kinder zu Hause seien, trat er in die Wohnung und nahm 5 messinene Wasser- und Gasbüchse mit sich. Unterwegs begegnete ihm der Invalide, der ihm die ihm entwendeten Gegenstände, stellte den Schmied und brachte ihn auf die nächste Polizeiwache. Hier wurden dem eigenschuldigen Invaliden nur die in Besitz genommenen Sachen seines Schuldners abgenommen und diesem zurückgestellt, sondern es ist auch gegen ihn Anzeige wegen Diebstahls erstattet worden.

*** Wie die Straßen „bessern“.** Die weibliche Person, die seit längerer Zeit an verschiedenen Stellen in hiesiger Stadt Schlafstellen gemietet hat, um nach den angeführten Vergehungen und Delikten zu verschwinden, ist als ein ehemaliges Dienstmädchen erkannt worden. Es handelt sich um eine etwa 50 Jahre alte Person, die vielfach verheiratet ist. Ihre letzte Straße, die sie vor ihrem Aufbruch in Breslau verließ hatte, waren zehn Jahre Zuchthaus.

*** Hebergießermarode.** Am 28. v. M. wurde aus dem Winterraum eines hiesigen Polizeistandes ein brauner Winterüberzieher

und ein schwarzer feiner Koffer, geh. M. N., gestohlen. Die Abtheilung des Kriminalkommissars ist am 29. v. M. aus dem Korridor des Bureau ein schwarzer Winterüberzieher, ein graues Leinwandhemd, ein Paar wollene Handschuhe und eine Straßenbahnkarte entwendet worden. Angaben zur Ermittlung werden nach Nummer 61 des Polizei-Büroaus erbeten.

*** Taschendiebstahl.** Einer Kammerfrau aus einem Geschäftshaus auf der Nikolaistraße ein Portemonnaie mit 87,75 Mk.

Aus Schlesien und Posen.

Sabellskwerdt, 2. Februar. Mählenbrand. In der Nacht zum 29. Januar ist die von Frau Müllermeister Wener gewachte königliche dringliche Mühle nebst der darauffolgenden Scheuer ein Raub der Flammen geworden.

Gedersdorf, Kreis Neuhof, 2. Februar. Ebdlicher Unfall in der Grube. Am Sonnabend in der Nachmittagszeit wurde der Bergbauer Anton Pohl von hier auf der Johann Baptistengrube in Schlegel von Gesteinsmassen verdrückt und getödtet.

Neueste Nachrichten.

Natalie Liebknecht gestorben.

Berlin, 2. Februar. Am gestrigen Montag Abend verstarb nach nur eintägigem Krankenlager die Lebensgefährtin Wilhelm Liebknechts, Frau Natalie Liebknecht im Alter von 69 Jahren. Sie folgte nach 7 1/2 Jahren unserem alten Soldaten der Revolution in den Tod.

Die Hüter des Rechts und des Staates haben es also glücklich dahin gebracht, daß Karl Liebknecht hinter Festungsmauern weilen muß, während seine Mutter die Augen schloß.

Auf Kontervaiben Befehl!

Frankfurt a. M., 2. Februar. (S. L.-B.) Nach einem Telegramm der „Frl. Bg.“ aus Berlin denkt man in Reichstagskreisen an eine Änderung des Nachlasssteuer-Gesetzes in der Richtung, daß die Nachlässe für Kinder und Ehegatten eine geringere Steuer bezahlen sollen. — Dies das Resultat des letzten Bülow-Effns.

Kampf zwischen Bauern und Gendarmen.

Mailand, 2. Februar. (S. L.-B.) In der Nähe von Siena kam es zwischen Mitgliedern der Bauernliga und Gendarmen, welche zwei Italiener verhafteten, zu einem heftigen Zusammenstoß. Bauern umgingen das Gendarmen-Gebäude in der Absicht, die Genossen zu befreien. Gendarmen machten von der Waffe Gebrauch und gaben Schüsse auf die Menge ab. Hierbei wurden zwei Personen getödtet und eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen.

Ein Unglückschiffe.

Rom, 2. Februar. (S. L.-B.) Auf einer Varietebühne in der Galeria, wo ein französischer Schiffe seine Schiffskünste zeigte, dessen Frau dabei die Schiffe hielt, erlitt plötzlich ein Schiffs-Kunststück auf der Bühne. Im Anseherzimmer fand man die Combrette Sabina auf dem Boden liegend tot auf. Die Kunst der Schiffe hatte die Holzwand durchbohrt und drang der Künstler in die rechte Schiffe.

Schiffskatastrophe.

London, 2. Februar. (S. L.-B.) Zu dem Untergang des Dampfers „San Ranalo“ wird noch gemeldet: Nach Meldungen aus Melbourne ist der gescheiterte Dampfer um 2 Uhr Nachmittags von einer schweren Welle getroffen worden. Infolge dessen neigte sich das Schiff nach Steuerbord und schlug schließlich vollständig um. Alle Personen wurden ins Meer geschleudert. 40 Leute der Mannschaft, der Kapitän und fünf andere Weib. sind ertrunken. 24 Personen wurden gerettet.

Berlin, 2. Februar. (S. L.-B.) Major Groß, der Kommandant der Luftschiffer-Abteilung, und der Hauptmann v. Jena sind gestern Abend zur Uebernahme des Beppeles I nach Friedrichshafen abgereist. Ein Kommando des Luftschifferbataillons ist schon vor einiger Zeit dorthin abgegangen.

Stuttgart, 2. Februar. (S. L.-B.) Gegen die Gründung sogenannter „Gelber Gewerkschaften“ protestiert der Metallarbeiterverband des Bezirkes Württemberg in zahlreichen Versammlungen. Es wurde überall eine Resolution angenommen, in der gegen die Gründung energig Protest erhoben wurde.

Frankfurt, 2. Februar. (S. L.-B.) Die ungemessene Witterung des letzten Sonntags hatte eine Anzahl Unfälle des Winterworts zur Folge. Zwei Personen erlitten schwere Knochenbrüche, eine Person liegt an Gehirnerschütterung darnieder.

Rom, 2. Februar. (S. L.-B.) Der Dampfer „Galleio“ wurde auf der Fahrt von Palermo nach Messina bei Kap Gallo von einem Seebeben erschüttert, das eine Viertelstunde anhielt. Das Schiff drehte sich um sich selbst, viele Passagiere erlitten leichte Verletzungen. Nach 15 Minuten beruhigte sich das Meer und konnte die Fahrt fortgesetzt werden.

London, 2. Februar. (S. L.-B.) Beim Sprengen des Bracks eines am Sonnabend von dem Dampfer „Dondie“ in den Grund gebrochenen Schiffes entfiel gestern beim Laden der Sprengladung eine Explosion, wobei 6 Mann der Sprengmannschaft getödtet wurden. Die Ursache der Explosion ist nicht angeleitet. Viele glauben, daß das untergegangene Schiff Explosivstoffe an Bord hatte. Der Knall war so stark, daß man an ein Erdbeben glaubte.

London, 2. Februar. (S. L.-B.) Daily Telegraph meldet aus New York: Nach einer Mitteilung des Obergerichtes Sociales werden im Jahre 1915 bereits die ersten Schiffe des Panama-Kanal befahren können.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 3. Februar: 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Donnerstag, den 4. Februar: 8 Uhr: Versammlung. Zimmer Nr. 5. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Sozialdemokratischer Verein Breslau

Distrikt 9a (Oberster). Montag, den 8. Februar: Jahlabend und Neuwahl I. Distriktsführer und der Revoren.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sand) Neumarkt.

Sand, Distrikt 13 (Bezirk Gröbchen). Dienstag, den 2. Februar, Abends 7/9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Haupt-Lagerordnung: 1. Vortrag vom Genossen Schill. 2. Neuwahl des Distriktsführers. 3. S. S. Angelegenheiten. Mündliches Erklären erwünscht.

Bezirk Gröbchen, Areters, Neudorf. Mittwoch, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, findet bei Niebel in Quartier ein Mitglieder-Ballemantant statt. Da viele wegen einer äußerst wichtigen Angelegenheit nicht kommen können, ist es Pflicht der Genossen, sich rechtzeitig zu zeigen. Der Areters.

Professorenversammlung der Privatbeamten.

Berlin, den 31. Januar 1909.
Der große Saal und die besten Galerien des Etablissements „Sophien-Säle“ in der Sophienstraße waren heute Kopf an Kopf gefüllt. Es mochten etwa 1500 Personen anwesend sein. Die Versammlung war berufen, um zu dem Koalitionsstreik der Privatbeamten Stellung zu nehmen. Im Auftrage des Reichsamts des Innern war Geheimrat Regierungsrat und Vortragender Rat Landmann, im Auftrage der Zentral-Kommission Reichstagsabgeordneter Wiedberg, im Auftrage der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei Abgeordneter Schupp, im Auftrage der Fraktion der Freisinnigen Vereinigung Abgeordneter Dr. Kammann, im Auftrage der sozialdemokratischen preussischen Landtag-Fraktion Abgeordneter Redakteur Ströbel, im Auftrage der Demokratischen Vereinigung Dr. Breitscheid, außerdem mehrere Vertreter von technischen und Handlungsgeschäftsverbänden erschienen.

Ingenieur Lüdemann äußerte sich etwa folgendermaßen: Die Versammlung sei berufen worden, um gegen die Verletzung der persönlichen Freiheit und des Koalitionsrechts Protest zu erheben. Die Vorgänge in Augsburg seien allbekannt. Das Großhospital gehe überall gleich despotisch vor. In Larnowitz in Oberschlesien sei im Oktober von den Bergwerksbesitzern zwecks Ausbildung technischer Beamten eine Hörschule gegründet worden, offenbar um eine Heberproduktion technischer Beamter zu erzielen und mißliebige Beamte entlassen zu können. Steiger Appell sei ohne Angabe von Gründen plötzlich entlassen worden. Auf mehrfache Anfragen wegen des Bundes seiner Entlassung erhielt er keine Antwort. Schließlich wurde ihm von dieser Seite mitgeteilt: Man könne nicht länger einen

Agitator und Geher auf der Grube
dulden. (Lebhafte Zustimmung.) Appell habe lediglich das Verbrechen begangen, Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten zu sein. Aus Anlaß dieses Vorganges sei vom Bund nach Larnowitz eine Professorenversammlung berufen worden. In dieser wurde gegen die Maßregelung protestiert und darauf hingewiesen, daß das Unglück auf der Grube Rabbod zum großen Teil durch die Eugherrigkeit und Profitgier der Grubenbesitzer entstanden sei. Diese Versammlung erregte begreiflicher Weise das größte Mißfallen der Bergwerksbesitzer. Generaldirektor, Geheimrat Bergart Udden berief am Tage nach der Versammlung seine Beamten und sagte ihnen:

Persönliche Freiheit und Koalitionsrecht ist eine Phrase.
(Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaft (das ist die Grube) könne den Beamten tausendmal mehr bieten als der Bund, denn letzterer habe noch nicht ein Prozent so viel Vermögen als die Gewerkschaft. Die Beamten mögen daher entscheiden: Zwischen Bund und Gewerkschaft. Sämtliche Beamten erklärten in ganz entschiedener Weise:

Wir bleiben beim Bund.
(Stürmischer Beifall.) Es wurden infolgedessen sofort 13 Beamte entlassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die technischen Beamten empfinden die ihnen angefallene Abhängigkeit und Unfreiheit viel mehr als die Arbeiter. Die Beamten können sich nach einem freien Studentenleben schlecht unter die Vormühsigkeit der Unternehmer stellen. Es komme hinzu, daß die Beamten, die sämtlich eine Hochschule besucht haben, zum Teil pekuniär noch schlechter gestellt seien, als qualifizierte Arbeiter. Es sei daher dringend erforderlich, daß die technisch-industriellen Beamten sich durch eine feste Organisation einen Schutzwall gegen die Willkür und Unterdrückung der Unternehmer schaffen. Der Kampf werde ein sehr schwerer sein, denn die Unternehmer wenden alles auf, um die Organisation ihrer Angestellten durch Maßregelungen, Wohnortselbstrichtungen (Mise: Wohlhabensschwindel!) zu erschöpfen. Die fortschreitende Kultur und Bildung erfordere, daß die technisch-industriellen Beamten sich nicht weiter wie Hürige behandeln lassen, sondern ihre persönlichen Freiheit und ihre gesetzlich gewährtesten Rechte verlor. n. Man müsse daher auf die öffentliche Meinung und die Parimente Einfluß zu erlangen suchen und alle Mühe aufwenden, daß die technisch-industriellen Beamten sich allseitig dem Bund anschließen. Wenn in dieser Weise der Kampf geführt werde, dann könne der Sieg nicht ausbleiben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Abgeordneter Dr. Kammann:
Die Bemerkung des Geheimrats Udden: „Persönliche Freiheit und Koalitionsrecht ist eine Phrase“, sei ein bedeutungsvolles Zeichen für den Nebermut der Großkapitalisten, die sich als Uebermenschen fühlen. Es sei sehr bedauerlich, daß zwischen Staats- und Privatbeamten eine gewisse Personal-Union bestehe. Die Generaldirektoren der Privatbergwerke seien vielfach ehemalige Staatsbeamte; diese übertragen daher den Geist des Beamtengehorsams auf das Privatleben. Er erinnere nur an den Fall Pilger in Saarbrücken. Auch Geheimrat Bergart Udden sei Staatsbeamter gewesen. Diesen Herren sei das

Strammstehen der Untergebenen
in Fleisch und Blut übergegangen. Höchst bedauerlich sei es, daß ein Mann, wie Udden, als Grundlage des geschäftlichen und privaten Lebens das Gehl bezeichne. Als wenn es nicht noch etwas Höheres und Edleres als das Geld gäbe. Wenn auch der Bund kaum ein Prozent des Vermögens wie das Wert habe, so stehe er doch in sittlicher und kultureller Beziehung tausendmal höher als das Geld. (Stürmischer Beifall.) Wenn man den Unternehmern das Recht absprechen wollte, sich in Syndikate und Kartelle abzuschließen, dann dürften sie diese Rechte nicht als Phrase, sondern als eine große Realität bezeichnen. Die industriellen Beamten seien verpflichtet, gegen solche Neuerungen der Großkapitalisten mit aller Entschiedenheit Protest zu erheben und ihnen sagen: „Ihr habt wohl unsere Arbeit, aber nichts weiter gemeldet. Wir sind freie Menschen so gut wie Ihr!“ (Stürmischer Beifall.) Es gibt im Arbeitsvertrage trotz aller Uebermacht des Kapitals noch eine Grenze.“ Es sei kein Zweifel, so fuhr Kammann fort, die Beamten werden im Kampfe gegen die Großkapitalisten schwere Opfer zu bringen haben, dies dürfe sie aber nicht abschrecken, den Kampf mit aller Energie fortzusetzen. Vor einiger Zeit sei der Versuch gemacht worden, Beamte der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft nach verschiedenen Forderungen abzuschieben, um mißliebige Beamte zu ersetzen. (Hört, hört!) Diese Abschiebungen dürfen sich die Beamten nicht gefallen lassen. (Stürmischer Beifall.) Morgen trete

er ein allgemeiner Bergarbeiter-Kongress zusammen, auf dem das Koalitionsrecht und die Notwendigkeit eines Reichs-Berggesetzes zur Beratung kommen soll. Es sei dringend notwendig, daß die technisch-industriellen Beamten diese Bestrebungen der Bergarbeiter unterstützen. Bei Behandlung dieser Frage im Reichstage habe auffallender Weise der Staatssekretär auf die Interpellation über die Vorgänge in Oberschlesien nicht geantwortet. Mit um so größerer Entschiedenheit müsse der Kampf gegen das Großunternehmertum geführt werden. (Stürmischer Beifall.)

Geheimrat Regierungsrat Landmann:
Im Namen des Herrn Staatssekretärs des Reichsamts des Innern bin ich beauftragt, Ihnen zu danken, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihren Verhandlungen beizuwohnen. Der Herr Staatssekretär verfolgt Ihre Verhandlungen mit großem

Interesse. Er hat deshalb auf die Interpellation über die ober-schlesischen Vorgänge nicht geantwortet, da er sich erst orientieren wollte. Ich kann Ihnen im Namen meines Herrn Chefs die Versicherung geben, daß wir Ihre Wünsche prüfen und soweit als möglich für Abhilfe sorgen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Architekt Schubert gab die Versicherung, daß der von ihm vertretene Verband deutscher Techniker sich dem Protest des Bundes voll anschließen werde. (Stürmischer Beifall.)

Abgeordneter Schupp: Die Freisinnige Volkspartei hegt für den Bund technisch-industrieller Beamten die größten Sympathien und werde bemüht sein, deren Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen. (Lebhafte Zustimmung.) Möge der Bund nur für eine feste Organisation Sorge tragen, einigend des Spruches, daß Einigkeit stark macht. (Stürmischer Beifall.)

Handlungsgeschäfte Köpfer versicherte dem Bund im Namen des Verbandes deutscher Handlungsgeschäfte (Zig Leipzig) seiner Sympathien und Unterstützung.

Abgeordneter Ströbel:
Die technisch-industriellen Beamten seien genötigt, den Kampf gegen das Großkapital gemeinsam mit den Arbeitern zu führen, denn sie seien materiell oftmals bedeutend schlechter gestellt als qualifizierte Arbeiter. Das Großkapital beulte eben seine geistigen Arbeiter ebenso aus wie die körperlichen. Und dabei wachse das Vermögen der Großkapitalisten ins Unermessliche. 1895 betrug das Vermögen von 218 Großkapitalisten 4 Milliarden, 1905 12 Milliarden. Der Kampf um das Koalitionsrecht sei ein sozial-politischer Kampf. Die technischen Beamten müssen sich daher mit den Arbeitern solidarisch erklären. Die sozialdemokratische Partei werde die Beamten in diesem ihrem Kampfe nach Kräften unterstützen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Breitscheid:
Die von ihm vertretene Demokratische Vereinigung könne nicht versprechen, die Bestrebungen des Bundes im Parlament zu unterstützen. Umso mehr werde sie aber auf die öffentliche Meinung wirken. Was solle man sagen, wenn der freisinnige Abgeordnete Haun erklärte: „Kein Mensch sei gezwungen, auf dem Norddeutschen Lloyd in Arbeit zu treten. Das sei die Freiheit des Lohnarbeiters, auf die man die Arbeiter verweise.“ (Stürmischer Beifall.)

Handlungsgeschäfte Tröger gab im Namen des Vereins Deutscher Kaufleute dem Bund die Versicherung der Unterstützung seiner Bestrebungen. Man solle endlich einmal aufhören, von der Harmonie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu sprechen. Die Arbeiter sollten die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen im Auge behalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Abgeordneter Wiedberg:
Er habe mit Freuden wahrgenommen, daß die technisch-industriellen Beamten sich eine feste Organisation geschaffen haben, er bedauere aber, daß ihnen von Seiten der Unternehmer das Koalitionsrecht verweigert werde und daß Leute, die eine Hochschule besucht haben, pekuniär so schlecht gestellt seien. In erster Reihe müssen sich die technisch-industriellen Beamten selbst helfen, er könne aber versichern, daß die Zentrumspartei die Bestrebungen der Privatbeamten soweit als möglich unterstützen werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Heß versicherte ebenfalls die Unterstützung seiner Sympathien und bezeichnete es als notwendig, daß seitens der Gesetzgebung die Einstellung ungenügend qualifizierter Grubenbeamter verhindert werde. Wenn das nicht geschehe, dann werde der Geist der Toten von Rabbod über sie kommen. (Stürmischer Beifall.)

Arbeitersekretär Simbol (Rattowitz): Er sei als Delegierter zu dem morgen beginnenden Bergarbeiter-Kongress nach Berlin gekommen. Der Kongress werde zweifellos die Bestrebungen des Bundes voll unterstützen. (Stürmischer Beifall.)

Es gelangte hierauf folgende Erklärung einstimmig zur Annahme: „Die auf Einladung des Bundes der technisch-industriellen Beamten versammelten Privatangestellten von Groß-Berlin erheben entsetzten Protest gegen die jüngsten Angriffe der ober-schlesischen Kohlenmagnaten auf das Koalitionsrecht der Angestellten. Sie sprechen den Bedrohungen ihre warmste Sympathie aus und richten gleichzeitig an die deutsche Öffentlichkeit die dringende Bitte, die Privatangestellten bei der Verteidigung und dem Ausbau der Koalitionsfreiheit, im Interesse des Ansehens unseres Volkes als Nationalen, tatkräftig zu unterstützen. Von den gesetzgebenden Faktoren erwarten sie bestimmt, daß sie nunmehr mit größter Beschleunigung heranzutreten werden, Garantien für die ungehinderte Ausübung des Grundrechtes der Koalitionsfreiheit zu schaffen.“
Danach wurde die Versammlung geschlossen.

Partei-Angelegenheiten.

Der Jahreskongress der englischen Arbeiterpartei.
Aus England wird uns geschrieben: Blair Gardie kam gerade noch rechtzeitig, von seiner amerikanischen Studienreise zurückkehrend, in Portsmouth an, um in der ersten Sitzung den Vorsitz zu übernehmen. Der erste Punkt bildete die Arbeitslosenfrage. Die starke Arbeitslosigkeit, die schon seit vielen Monaten in England herrscht, wird von den Konservativen dazu ausgenutzt, um für den Schutz Zoll Propaganda zu machen. Man sucht die Ansicht zu verbreiten, als ob bei Einführung eines hohen Schutzzoll die Arbeitslosigkeit verschwindet. Blair Gardie und Snowden wiesen mit Recht auf Amerika und Deutschland hin, die trotz der hohen dort bestehenden Schutzzölle unter derselben Katastrophe zu leiden haben. Die Tarifreform-Bewegung, so sagte Snowden, trage heute in England einen ganz anderen Charakter, als zu Chamberlains Zeiten. Die heutigen Beschüchter der Schutzzölle glauben in diesen lediglich eine reichliche Quelle zur Deckung der Sozialreform zu finden. Man wolle auf diese Weise die Kosten auf die Schultern der großen Masse des Volkes abwälzen. Dabei sind in England 2 Millionen Familien mit einem Einkommen von weniger als 20 Mark pro Woche vorhanden.
In der Resolution, die vom Parteivorstand hierzu vorgelegt, heißt es:
„Die Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge des Freihandels, und wird durch eine Aenderung der Zollpolitik nicht beseitigt, sondern die permanente Ursache der Arbeitslosigkeit liegt in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Als Abhilfe wird in der Resolution unter anderem gefordert: Verkürzung der Arbeitszeit; Sicherstellung der Arbeiter gegen die Land- und anderen Monopole; Gründung eines befriedigenden Arbeitsministeriums. Im übrigen fordert der Kongress die Regierung auf, das Versprechen vom 21. Oktober 1908 betreffend die Behandlung der ständigen Ursachen und Zustände der Arbeitslosigkeit“ einzuführen.“
Eine weitere Resolution fordert die gründliche Reform der nationalen Besteuerung nach der Richtung hin, daß diejenigen, welche vom Staat die meisten Protektion und größten Profite erhalten, auch den größten Anteil der Steuern aufzubringen haben.

Der Kongress ist entschlossen, alle Versuche, den breiten Massen des Volkes höhere Lasten aufzubürden, energisch zu bekämpfen. Er erklärt, daß die jetzigen indirekten Steuern die werktätigen Klassen schwer belasten und ist der Meinung, daß die Kosten der Sozialreform von dem gesellschaftlich herangezogenen Reichtum, den sich heute die reichen Klassen in Form von Rente, Zinsen und Profite aneignen, getragen werden sollten. Der Kongress verlangt von der nächsten Session des Parlamentes folgende Reform:

1. Extra-Besteuerung der hohen Einkommen,
2. besondere Besteuerung der hohen Staatsversteuern Monopole,
3. höhere Vermögens- und Erbschaftsteuer,
4. die Inangriffnahme einer wirklichen Besteuerung der Grundrente.

Zwei Genossen von der sozialdemokratischen Föderation, Fred Klee und Will Thorne, wünschten aus der ersten Resolution die Entfernung desjenigen Satzes, in dem zum Ausdruck kommt, daß der Freihandel nicht eine Ursache der Arbeitslosigkeit sei. Die Arbeiter sollten sich von dem „Fetters“ Freihandel emanzipieren. Die Wichtigkeit der in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Anschauung gaben auch diese Genossen zu. — Die Resolutionen wurden in der vom Parteivorstand eingeleiteten Abstimmung angenommen.

Am 2. Verhandlungstage übernimmt Elynes den Vorsitz. Dieser betont in seiner Eröffnungsrede besonders die Zusammengehörigkeit der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei und tritt für absolute Selbständigkeit der Arbeiterpartei ein. Auf der Verbindung zwischen Trade-Unions und den Sozialisten des Landes sei jedes Kompromiß mit anderen Parteien abzulehnen. Die Gewerkschaften verlangen einen größeren Anteil am Arbeitsprodukt, die Sozialisten fordern den vollen Ertrag, beide gehören zusammen. Es sind keine Freunde, sondern Feinde der Arbeiterklasse, die den Versuch unternehmen wollten, diese beiden Körperlichkeiten zu trennen. (Diese Worte wurden mit großem Beifall aufgenommen.) Elynes kommt dann auf das Verbot der Lords zu sprechen und fordert die Befestigung der Rechte der Grundbesitzer. Das Volk sei gewissermaßen eine Nation von Pächtern eines Landes, das sie ihr Land nennen dürfe, das aber nur einigen Besitzern gehört. Der großen Masse des Volkes werde erst dann erlaubt ihr Leben im Lande zu fristen, nachdem sie große Summen an die Grundbesitzer bezahlt haben. Ein Volk kann in Wahrheit nicht frei sein, wenn der ganze Grundbesitz, überhaupt alle Quellen des nationalen Reichtums einer kleinen privilegierten Klasse gehören.“ Sodann fordert Elynes die Arbeiterklasse als die Trägerin des internationalen Friedens.

Im Anschluß hieran stimmte der Kongress durch ausdrücklichen Beschluß einem Teil des Vorstandsberichts zu, der sich mit den Friedens- und Kriegergebnissen der Deutschen und englischen Arbeiterklasse befaßt.

„Es dürfte noch in aller Erinnerung sein, daß im vergangenen Sommer die chaotische Presse Englands den Versuch machte, einen Krieg zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Dies-die Agitation ihren Höhepunkt erreichte, brachten wir durch eine Resolution in die Ansicht und den Willen der Arbeiterklasse Englands zum Ausdruck. Dies fand nicht bloß große Verbreitung im Lande selbst, sondern auch auf den Kontinenten, und sie wurde offiziell durch die Vermittlung von August Bebel, des Führers der Deutschen Sozialdemokratie, der Arbeiterklasse Deutschlands unterbreitet. Wir empfahlen darin, daß freundschaftliche Besuche ausgetauscht, und daß alles getan werden solle, die Bitter der beiden Länder zu überzeugen, daß ein Krieg zwischen beiden nicht bloß unmöglich, sondern daß er auch ein Verbrechen sei und daß beide Länder ein hohes Interesse am Frieden haben. Wir haben alle Ursache anzunehmen, daß unser Eingreifen nicht ohne Erfolg geblieben ist, daß es dazu beigetragen hat, Mißverständnisse und Verstimmungen zu beseitigen.“

Es wurde sodann über die Entschädigung beraten, welche die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterpartei erhalten sollen. (Die englischen Parlamentsmitglieder erhalten bekanntlich keine Voten.) Es wurde vorgeschlagen, die jährliche Summe auf 4000 Mark für die Session zu erhöhen. Mit dem Antrag wurde der Wunsch verknüpft, daß dann die Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei nicht mehr soviel an den bürgerlichen Parteien mitarbeiten sollten. Die Angelegenheit wurde nochmals an den Vorstand zurückerwiesen, jedoch wurde den Abgeordneten für die außerordentliche Herbstsession ein Zuschuß von 100 Mark bewilligt.

Dann wurde in die Beratung über die Frage der Kandidaturen eingetreten und beschlossen, daß die von den Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten der Zanktion des Parteivorstandes bedürfen.

Bei den Gemeinderats-Ergänzungswahlen in der Dorfgemeinde Newfield (Hilfenheim Wäcker) erhielten unsere Kandidaten 169-172, die Karrierer 59-63 und die Mittelständler 56 bis 60 Stimmen. Die Wahlen fanden zum ersten Mal nach dem Verhältnismäßigkeitsgesetz statt. Gewählt wurden 4 Sozialdemokraten, 2 Agrarier und 1 Mittelständler, sodas der Gemeinderat jetzt aus 6 Sozialdemokraten und 6 Agrarier besteht.

In Offenbura (Baden) fanden sich zwei Viten gegenüber, eine Liste, auf die sich Sozialdemokraten, Demokraten und National-liberale vereinigt hatten, und die Zentrumsliste. Die Zentrumsliste frakte mit 16 Stimmen Mehrheit, auf die Blockliste entfielen 570 Stimmen, auf die Zentrumsliste im Durchschnitt 53. Es ist möglich, daß der Volksentscheid noch der eine oder andere von der Blockliste in den Bürgerentscheid kommt. — Durch den Ausfall der Wahl werden wieder eine Anzahl Sozialdemokraten aus der Gemeindevorstellung verdrängt, darunter wahrscheinlich auch der Abgeordnete Adolf Ged.

Arbeiterbewegung.

Fluch der Heimarbeit. In dem Dorfe Wehrhalden an der badisch-schweizerischen Grenze, läßt eine Porzellanfabrik fleißig Knöpfe aufnähen. Sie weiß, warum sie aufs Land flüchtet, denn sie bezahlt, — kaum glaublich — für das Aufnähen von 144 Stück — einen Pfennig.

Nur die äußerste Not zwingt manche Einwohner, von dem schädlichen Anerbieten Gebrauch zu machen.
Die Not der Arbeiterlosen. Seit Wochen bereits haben die bürgerlichen Stadtvorordneten in Braunschweig die auf Forderung der Arbeitslosennot hinzielenden Anträge unserer Genossen verschleppt. Endlich gelang es, für Donnerstag eine außerordentliche Sitzung anstalten zu bringen, in der folgende — von sozialdemokratischer Seite gestellten — Anträge zur Verhandlung standen:

Der Magistrat möge erucht werden, 20 000 Mk. zur Unterstützung der Arbeitslosen und 30 000 Mk. zur Beschaffung warmer Früh-Hals für die die Schule besuchenden Kinder arbeitsloser Eltern zur Verfügung zu stellen, ohne daß diese Unterstellungen als Armenunterstützung angesehen werden. Ferner soll der Magistrat erucht werden, eine Arbeitslosenversicherung nach dem Geiste Elynes einzuführen.

Ueber ein Drittel der bürgerlichen Stadtvorordneten stellen es nicht einmal der Mühe wert, in der Sitzung zu erscheinen. Und von den Anwesenden stellte sofort ein Herr, nachdem die Beratung durch die Stimmen unserer Genossen gegen alle bürgerlichen Stadtvorordneten erzwungen war, den Antrag, über die zur Verhandlung stehenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Nachdem zwei unserer Genossen und zwei bürgerliche Stadtvorordnete geprochen hatten, setzte die bürgerliche Mehrheit den Schluß der Debatte durch und leitete den ersten Antrag ab, weil sie es für „schon-rändlich“ hielt, daß solche Unterstellungen als Armenunterstützung angesehen werden müßten. Der zweite Antrag, die Einführung der Arbeitslosenversicherung betreffend, wurde einer Kommission überwiefen. Gar nicht wurde von uns noch, daß Ueberstimmung des Staats für arbeitslose Arbeiter dem Magistrat von vornherein angeschlossen wurden.

